HERAUSGEBERIN
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts

Der Vorstand
Karsten Brenner, *Ministerialdirektor a. D. (Vorsitzender)*
Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Klaus Schönhoven

REDAKTION
Dr. Wolfram Hoppenstedt *(Geschäftsführer)*
Dr. Bernd Rother
Dr. Wolfgang Schmidt

Schriftleitung: Dr. Wolfram Hoppenstedt

© 2009 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
im Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
D-10825 Berlin
Tel.: 030 / 787707-0
Fax: 030 / 787707-50
E-Mail: info@willy-brandt.de
www.willy-brandt.de

GESTALTUNG
Pralle Sonne, Berlin

REALISATION UND DRUCK
allprintmedia, Berlin

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2009
ISSN 1434-6176
ISBN 3-933090-16-4

Die Erinnerung an Willy Brandt und ein Rückblick auf die gemeinsame Zeit

Gespräch zwischen
Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt
und Bundesminister a. D. Professor Egon Bahr
am 25. September 2008
im Willy-Brandt-Haus Lübeck

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 17

LÜBECK
LÜBECK
LÜBECK

WILLY BRANDT – STATIONEN SEINES LEBENS

1913	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933-1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945-1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1947	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949-1957, 1961	Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag
1950-1969	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
1955-1957	Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses
1957-1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964-1987	Vorsitzender der SPD
1966-1969	Bundesaußenminister und Vizekanzler
1969-1992	Mitglied des Deutschen Bundestages
1969-1974	Bundeskanzler

1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976-1992	Präsident der Sozialistischen Internationale
1977-1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979-1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987-1992	Ehrenvorsitzender der SPD
1992	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

DR. H.C. HELMUT SCHMIDT, geb. am 23. Dezember 1918 in Hamburg, SPD-Politiker und von 1974 bis 1982 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. In seine Regierungszeit fielen die Gründung des Weltwirtschaftsgipfels (heute Gruppe der Acht) im Jahr 1975, der Terror der linksextremistischen Rote Armee Fraktion, der 1977 im sogenannten Deutschen Herbst mündete, und die Debatte um den NATO-Doppelbeschluss über die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa.

Ferner war Helmut Schmidt von 1953 bis 1962 sowie von 1965 bis 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1961 bis 1965 Senator der Behörde für Inneres der Freien Hansestadt Hamburg, wo er sich als Krisenmanager bei der Sturmflut von 1962 einen Namen machte, von 1967 bis 1969 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1969 bis 1972 Bundesminister der Verteidigung, 1972 Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, 1972 bis 1974 Bundesminister der Finanzen und er leitete kurzzeitig das Auswärtige Amt (17. September 1982 bis 1. Oktober 1982). Von 1958 bis 1961 war er außerdem Mitglied des Europäischen Parlaments.

Seit 1983 ist Helmut Schmidt Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit". Er wohnt seit langem im Hamburger Stadtteil Langenhorn.

Veröffentlichungen (Auswahl): *Menschen und Mächte* (1987), *Weggefährten – Erinnerungen und Reflexionen* (1996), *Die Mächte der Zukunft: Gewinner und Verlierer in der Welt von morgen* (2004), *Auf dem Weg zur deutschen Einheit* (2005), *Außer Dienst* (2008).

PROFESSOR EGON BAHR, geb. am 18. März 1922 an der Werra (Thüringen), Journalist, SPD-Politiker, war von 1972 bis 1974 Bundesminister für besondere Aufgaben und von 1974 bis 1976 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Egon Bahr war von 1950 bis 1960 Chefkommentator und Leiter des Bonner Büros des RIAS, von 1960 bis 1966 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin und als solcher Sprecher des vom Regierenden Bürgermeister Willy Brandt geführten Senats. Von 1966 bis 1969 war er Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt. Nach der Bundestagswahl 1969 wurde er Staatssekretär im Bundeskanzleramt und zugleich Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin. Nach der Bundestagswahl 1972 wurde Bahr am 15. Dezember 1972 als Bundesminister für besondere Aufgaben beim Bundeskanzler in die von Willy Brandt geführte Bundesregierung berufen. Egon Bahr gilt als einer der wichtigsten Berater Willy Brandts im Hinblick auf die neue Deutschland- und Ostpolitik und wird bisweilen auch als „Architekt der Ostverträge" bezeichnet.

Egon Bahr war von 1972 bis 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1976 bis 1981 Bundesgeschäftsführer der SPD.

Von 1984 bis 1994 leitete Bahr als Wissenschaftlicher Direktor das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg. Er lebt heute im Zentrum von Berlin.

Veröffentlichungen (Auswahl): *Zu meiner Zeit* (1996), *Deutsche Interessen: Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik* (2000), *Der deutsche Weg: Selbstverständlich und normal* (2003).

Der Parteivorsitzende Willy Brandt, Bundesminister a. D. Egon Bahr und Bundeskanzler Helmut Schmidt am 5. Dezember 1979 auf dem Bundesparteitag der SPD in Berlin. Noch folgt die Partei ihrem Kanzler und trägt unter großen Bedenken den NATO-Doppelbeschluss zur Raketennachrüstung mit.

Begrüßung durch Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, Vorsitzender des Kuratoriums

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf Sie alle sehr herzlich als Kuratoriumsvorsitzender der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Willy-Brandt-Haus Lübeck willkommen heißen. Wie Sie wissen, wurde dieses Haus am 18. Dezember 2007 hier in der Geburtsstadt Willy Brandts eröffnet. Unsere ständige Ausstellung, in deren Räumen wir uns befinden, und die ersten Veranstaltungen werden sehr gut angenommen. Man kann sagen: Das Willy-Brandt-Haus ist schon zu einem politisch-kulturellen Zentrum der Hansestadt geworden.

Unsere beiden Gesprächspartner des heutigen Abends brauche ich nicht wirklich vorstellen: Helmut Schmidt und Egon Bahr.

Zwei, ja sogar drei Jahrzehnte Sozialdemokratie und der gleiche Zeitraum deutscher Geschichte sind durch sie geprägt worden. Beide haben in intensivster Weise mit Willy Brandt in ihrem Leben zu tun gehabt. Helmut Schmidt als Fraktionsvorsitzender, als Bundesminister und als Nachfolger Brandts im Amt des Bundeskanzlers, und Egon Bahr, wie man gerne häufig sagt, als „Vor- und Nachdenker von Willy Brandt“.

Ich bin überzeugt, Helmut Schmidt und Egon Bahr werden sich und uns viel zu sagen haben über Willy Brandt. Aber wie wir die beiden kennen, werden sie auch über die politischen Probleme der Gegenwart sprechen, denn beide waren und sind brillante Analytiker – so wie sie über einen langen Zeitraum tatkräftige Politiker waren. Ich freue mich sehr, dass Sie beide heute hier sind!

Wir haben für die Veranstaltung einen begrenzten Kreis von Gästen eingeladen, darunter den Freundeskreis des Willy-Brandt-Hauses Lübeck, dazu Historiker und politische Wegbegleiter – und einige unserer Gäste möchte ich auch namentlich begrüßen: Ich begrüße Björn Engholm, der Minister unter Bundeskanzler Helmut Schmidt war und mit Leidenschaft und Überzeugung Bürger dieser Stadt ist. Darüber hinaus begrüße ich den SPD-Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein, Ralf Stegner, und die Schatzmeisterin der SPD, Barbara Hendricks. Und ganz besonders herzlich begrüße ich unseren Nachbarn: Günter Grass, der bekanntermaßen der *spiritus rector* des Willy-Brandt-Hauses Lübeck ist. Er war es, der den Stein zu diesem Projekt ins Rollen gebracht hat!

Ich wünsche uns allen nun einen interessanten Abend und bitte den Vorstandsvorsitzenden unserer Stiftung, Herrn Ministerialdirektor a. D. Karsten Brenner, in das Gespräch einzuführen.

Karsten Brenner:
Guten Abend, meine Damen und Herren – und jetzt darf ich es doch einmal ganz offiziell sagen: Guten Abend Herr Altbundeskanzler Helmut Schmidt und Herr Bundesminister a. D. Egon Bahr!

Als Sie, lieber Herr Schmidt, und ich uns Anfang März in Ihrem Hamburger Büro getroffen haben und es um die Frage ging, ob Sie einmal das Willy-Brandt-Haus Lübeck mit einer Veranstaltung beehren würden, da habe ich Sie gefragt, mit welchem Partner Sie denn gerne ein Gespräch führen wollten – etwa mit Sandra Maischberger oder Giovanni di Lorenzo. Und da haben Sie geantwortet: „Nee, von der Zeit verstehen die nichts! *Egon Bahr* wäre ein guter Gesprächspartner!" Und so entstand die Idee zu diesem Gespräch. Dann habe ich Herrn Bahr gefragt, ob er bereit wäre mitzumachen – und ein Egon Bahr denkt natürlich zuerst einmal nach …

Helmut Schmidt:
Sicher um seine Hemmungen zu überwinden …

Karsten Brenner:
Nach ganz kurzer Zeit, Egon Bahr denkt ja bekanntlich sehr schnell, hat er mir dann geantwortet: „Ja, ich mache das sehr gern. Ich würde mich sogar darüber freuen!"

Nun sitzen wir hier zusammen, und ich glaube, wenn Willy Brandt das wüsste, würde er sich freuen, dass gerade Sie beide jetzt über ihn und über Ihre gemeinsame Zeit miteinander sprechen wollen.

Wir haben uns im Vorfeld Gedanken gemacht, wie man dieses Gespräch etwas fokussieren könnte. Die Themen, über die wir heute Abend sprechen wollen, sind zunächst die Persönlichkeit und das politische Wirken Willy Brandts. An zweiter Stelle geht es um die innen- und gesellschaftspolitische Situation damals, drittens um die neue Deutschland- und Ostpolitik sowie die Außenpolitik der Bundesrepublik – und an vierter Stelle um das internationale Terrain, auf dem sich Willy Brandt und Helmut Schmidt nach ihrer jeweiligen Kanzlerschaft bewegt haben.

Meine erste Frage bezieht sich auf die vielschichtige Persönlichkeit Willy Brandts vor dem Hintergrund seines ganz einzigartigen Lebensweges. Wie haben Sie beide ihn erfahren? Wie schätzen Sie Brandts Wirkung in der Welt der Politik, in der Öffentlichkeit und gegenüber unseren Nachbarn ein?

Vor fast genau 50 Jahren, im Mai 1958, wurden Sie, Herr Schmidt, und übrigens Willy Brandt und Herbert Wehner auch, zum ersten Mal in den Parteivorstand der SPD gewählt. Brandt, Jahrgang 1913, war fünf Jahre älter als Sie. Sie hatten beide einen ganz unterschiedlichen Lebensweg hinter sich. Doch Sie hatten sich beide dafür entschieden, nach dem Krieg das neue, das demokratische Deutschland aufzubauen und mitzugestalten.

Was bedeutete ein solcher Altersunterschied in dieser Zeit? Was bedeuteten Ihre völlig unterschiedlichen Prägungen und Lebenserfahrungen für das Verhältnis, dass Sie zueinander hatten und vielleicht auch für die Ansätze, mit denen Sie beide Politik gestalteten?

Helmut Schmidt:
Die letzte Frage will ich mal einen Augenblick beiseite lassen, denn 1958 war ich noch ein junger Mann. Ich wurde in diesem Jahr 40 Jahre alt, und ich war damals noch kein Gestalter der Politik. Aber der Abstand von fünf Lebensjahren in jener Zeit bedeutete, dass z. B. jemand wie Willy Brandt oder Fritz Erler[1], beide 1913 geboren, in Wirklichkeit *eine Generation* älter waren als ich; denn sie waren 1933, als die Nazis ans Ruder kamen, bereits erwachsen und hatten eine positive politische Vorstellung mit auf den Weg bekommen. Ich war im Jahr der Machtergreifung Hitlers gerade mal 14 Jahre alt, also noch in einem Alter ohne jede positive politische Vorstellung. Dieser Altersunterschied bedeutete also einen Generationenunterschied. Nun gehe ich in die Nachkriegszeit: Natürlich spielten die vor 1933 wurzelnden Erziehungen und Erfahrungen und die dann während der Nazizeit gewonnenen Eindrücke und Erfahrungen Willy Brandts – und besonders auch die Erfahrung des Exils – eine erhebliche Rolle. Das war ein unglaublicher Vorsprung an Lebenserfahrung gegenüber

1 Fritz Erler (1913-1967), 1931 Eintritt in die SPD, 1933-1945 Mitglied der Gruppe „Neu Beginnen" im Widerstand gegen den NS, 1939 Haft, 1949-1967 MdB (SPD), 1956-1967 Mitglied des SPD-PV, 1957-1964 stellv. Vorsitzender, 1964-1967 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und stellv. SPD-Parteivorsitzender.

einem jungen Mann, der nichts hinter sich hatte außer acht Soldatenjahren. Ich war Wehrpflichtsoldat von 1937 bis 1945 und habe das Wort Demokratie in einem positiven Sinne zum ersten Mal in britischer Kriegsgefangenschaft im Jahre 1945 gehört. Das kann sich ein junger Mensch von heute überhaupt nicht mehr vorstellen. Egon Bahr war sicher in einer ähnlichen Lage wie ich. Aber *wofür* man einstehen sollte, das wusste ich in der Nazi-Zeit wirklich nicht. Für Willy Brandt waren die Dinge damals viel deutlicher zu erkennen.

Egon Bahr:
Auf den Altersunterschied hast Du schon hingewiesen. Man muss sehen, dass Willy Brandt einen Lebensweg gehabt hat, der mit Deinem und auch meinem überhaupt nicht vergleichbar ist. Brandt hatte in Skandinavien, in einer demokratischen Monarchie, gelernt, dass man durch Überzeugung und Argumente etwas *gewinnen* und eine Gesellschaft *prägen* kann – und dass man sogar eine Arbeiterpartei davon überzeugen kann, zu solidarischen Beschlüssen zu kommen. Er hatte gelernt, dass Toleranz ein wesentlicher Gesichtspunkt ist und dass es mehrere Wahrheiten geben und man erst durch Zweifel zu einer gefestigten eigenen Überzeugung kommen kann. Ich will damit sagen: Alles, was man später bei Brandt gesehen und auch kritisch beleuchtet hat, war eigentlich durch seinen in Skandinavien erworbenen Erfahrungsschatz angelegt worden. Er kam zurück als ein Mensch, der sich *frei* fühlte und nicht besiegt worden war. Du bist zumindest zum Teil befreit und zum Teil besiegt worden – ich übrigens auch. Willy Brandt war frei und kam aus dem Exil in ein Land zurück, das weniger frei war als er.

Überhaupt hat sich Brandt immer sehr frei gefühlt. Er hat z. B. als Regierender Bürgermeister von Berlin später gar nicht daran gedacht, den Alliierten Kommandanten seine Aufwartung zu machen. Er ist zum ersten Mal in das Haus der Alliierten Kommandatur gegangen, als der Mauerbau begonnen hatte, also im August 1961. Er kam damals zurück, unflätig schimpfend auf die Alliierten Kommandanten, die nicht einmal die Autorität hatten, Jeeps auf die Straße zu schicken, um den Berlinern wenigstens ein bisschen das Gefühl zu geben, sie würden nicht alleine gelassen. D. h., er war ein Mensch, der auch sehr stolz war auf seine *innere Freiheit*. Und auf diejenigen, die glaubten, man könne ihm etwas näher treten oder ungefragt Ratschläge geben oder die meinten, ihn irgendwie „schieben" zu können, auf die reagierte er sehr empfindlich und sehr abweisend. Er konnte sich dann stark abkapseln.

Willy Brandt ist eigentlich zum ersten Mal aus dieser Situation herausgekommen, als die Mauer gebaut wurde. Damals, im Bundestagswahlkampf 1961, brachte Adenauer[2] seinen berühmt-gewordenen Ausspruch von „Brandt alias Frahm". Das war eine bewusste Anspielung auf Decknamen von Verbrechern. Zugleich spielte Adenauer damit auf die uneheliche Geburt und die Emigration Willy Brandts an. Nichts von alledem war besonders populär in Westdeutschland zu jener Zeit – und diese Angriffe und Verfemungen haben Brandt zutiefst getroffen. Diese Dinge machten ihn depressiv, und er drohte zu resignieren. Mit Rut Brandt hat er damals überlegt, nach Norwegen zurückzugehen. Gott sei dank haben sie sich dann anders entschieden. Aber diese große Verletzlichkeit hat ihn zeitlebens geprägt. Er blieb immer ein verletzlicher Mensch.

Dabei war Willy Brandts Hoffnung nach dem Krieg gewesen, nach Deutschland zurückzukehren – in ein Land, das ihn verstoßen und ausgebürgert hatte. Aber in diesem Land wollte er wieder aufgenommen werden – wozu er übrigens extra einen „Wiedereinbürgerungsantrag" stellen musste. Nicht etwa, dass unser Land damals gesagt hätte: „Ihr, die ihr emigrieren musstet, kommt zurück, ihr seid herzlich willkommen!" Willy Brandt war also ein Mensch, der durch diesen besonderen Lebensweg geprägt und geformt wurde. Ich weiß nicht, ob Ihr in Bonn damals die ganze Tragweite dieses Hintergrunds, was Willy Brandts Persönlichkeit betraf, voll gesehen und berücksichtigt habt.

Helmut Schmidt:
Was wir wahrscheinlich damals nicht verstanden haben, war die von Dir mit Recht apostrophierte Verletzlichkeit Willy Brandts. Aber er hat das nach außen auch nicht so leicht zu erkennen gegeben. Ich hatte im Vergleich zu ihm ein viel dickeres Fell.

1953, als ich ihn kennen lernte, spielte Willy Brandt als Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag kaum ein Rolle. Für mich ist er erst drei Jahre später erstmals richtig in Erscheinung getreten, übrigens mit voller Bewunderung von meiner Seite. 1956 schlug die sowjetische Armee den Aufstand in Ungarn

---

2 Konrad Adenauer (1876-1967), Mitbegründer der CDU, 1949-1963 Bundeskanzler, 1949-1967 MdB (CDU/CSU), 1950-1966 CDU-Bundesvorsitzender, 1951-1955 Bundesminister des Auswärtigen.

nieder. Es gab damals in Berlin eine spontane Demonstration von vielen Tausend Menschen vor dem Rathaus Schöneberg. Ich erinnere mich noch genau, ich habe die Ereignisse damals in Hamburg am Radio verfolgt. Die Leute waren völlig aufgebracht, und die Situation drohte außer Kontrolle zu geraten. Als sich die Menschenmenge dann Richtung Sowjetische Botschaft Unter den Linden in Bewegung setzte, erkannte Brandt die große Gefahr dieser Situation. Er sprang in einen Lautsprecherwagen der Polizei und setzte sich kurzerhand an die Spitze des Zuges. Und es gelang ihm, die Leute davon abzuhalten, direkt in eine Konfrontation mit der Sowjetmacht hineinzumarschieren – mit all den unübersehbaren Folgen. Er konnte die Menschenmenge damals zum Mahnmal für die Opfer des Stalinismus umleiten, zum Charlottenburger Platz. Das war eine Glanzleistung, die ich unglaublich bewundert habe!

Egon Bahr:
Das war eine Sache, durch die er damals den Ruf, praktisch einen richtigen Nimbus bekommen hat, in Berlin und über die Grenzen der Stadt hinaus – das war ein Durchbruch sozusagen, der auch seine Wahl zum Berliner Landesvorsitzenden der SPD unmittelbar nach sich zog.

Ich möchte noch einmal auf einen anderen Punkt kommen, der Brandts große Empfindlichkeit zeigt. 1960 hat Herbert Wehner[3] seine berühmte Rede im Deutschen Bundestag gehalten, mit der er unsere Partei, die SPD, auf den Boden der geschlossenen Westverträge, einschließlich NATO-Mitgliedschaft und Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften, stellte. An diesem Tag war Willy Brandt im Schöneberger Rathaus ziemlich sauer. „Erster Punkt: Niemand hat mich gefragt. Zweiter Punkt: Der Inhalt der Rede entspricht nicht der Beschlusslage der Partei. Dritter Punkt: Noch schlimmer, Wehner hat recht!“

Das führte zu dem komplizierten Verhältnis zu diesem großen Mann, Herbert Wehner, den wir damals alle bewundert haben. Wir haben ihn bewundert auch für das, was er durchgemacht hatte. Es hat den ersten richtigen Knacks zwischen Willy Brandt und Herbert Wehner gegeben, als die beiden eines Tages am Ende eines der vielen Wahlkämpfe zusammen nach Lübeck gefahren sind und sich dort in einem Lokal ausführlich unterhalten haben. Damals sagte Wehner über den Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer[4]: „Der Kerl muss weg!“ Und das war für Willy ein Schock, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens unter dem Gesichtspunkt der Empfindung – Wie kann man über einen Parteivorsitzenden in dieser Weise reden? Zweitens: Was ist das für ein Mensch, der offenbar glaubt, er könne Figuren schieben? Das war bei Brandt der Beginn eines tiefen Resentiments gegenüber der Art und Weise eines Mannes, der natürlich in seiner Persönlichkeit und seinen politischen Grundsätzen geprägt worden war durch alles, was er unter den Diktaturen erlebt hatte, insbesondere im Moskauer Exil.

Helmut Schmidt:
In dem letzten Satz stimme ich Dir zu, Egon. Aber die berühmte Rede von Herbert Wehner im Bundestag, die beurteilst Du in der Erinnerung, wie ich glaube, nicht ganz richtig. Das war kein Alleingang von Herbert Wehner. Tatsächlich waren die drei entscheidenden Personen an der Spitze der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion – Carlo Schmid[5], Fritz Erler und Herbert Wehner, nicht aber Erich Ollenhauer – daran beteiligt. Diese drei Politiker zählten wir damals zu den sogenannten Reformern der Partei. Ich zählte zu ihren Anhängern. Viele jüngere Nachwuchspolitiker, mich eingeschlossen, teilten die Auffassungen, die Wehner in seiner Bundestagsrede damals zum Ausdruck gebracht hat. Anderseits wäre auch die SPD keinesfalls 1958 aus der NATO ausgestiegen, da bin ich mir sicher. Ich hatte schon zehn Jahre früher,

3 Herbert Wehner (1906-1990), 1927-1942 Mitglied der KPD, 1946 Eintritt in die SPD, 1949-1983 MdB (SPD), 1949-1967 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Gesamtdeutsche Fragen, 1957-1958 und 1964-1966 stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1958-1973 stellv. SPD-Parteivorsitzender, 1966-1969 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, 1969-1983 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

4 Erich Ollenhauer (1901-1963), 1918 Eintritt in die SPD, 1946-1952 stellv. SPD-Parteivorsitzender, 1946-1963 Mitglied des SPD-PV, 1949-1963 MdB (SPD), 1952-1963 SPD-Parteivorsitzender und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1958-1963 Mitglied des SPD-Präsidiums, 1963 Präsident der Sozialistischen Internationale.

5 Carlo Schmid (1896-1979), 1947-1950 Justizminister Württemberg-Hohenzollern, 1947-1973 Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1948-1949 MdPR (SPD), 1949-1972 MdB (SPD), 1949-1953 und 1957-1965 stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1949-1966 und 1969-1972 Vizepräsident des Deutschen Bundestages, 1958-1970 Mitglied des SPD-Parteipräsidiums, 1966-1969 Bundesratsminister.

1948, eine für mich ziemlich wichtige, für ihn damals sicher völlig unwichtige Kontroverse mit dem damaligen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher[6]. Ich hatte einen Artikel in dem Hamburgischen Parteiblatt über die europäische Integration veröffentlicht. Ich betrachte mich heute noch als ein Schüler von Jean Monnet[7], dem ich 1948 zum ersten Mal persönlich begegnet war. Schumacher sagte anschließend den Hamburger Sozialdemokraten, sie sollten dem Schmidt mal das Handwerk legen, er dürfe solche Artikel nicht mehr schreiben. Und Schumacher hatte damals eine große Autorität. Es war ein Mann, den auch ich bewundert habe, vor allem wegen seines Lebensweges. Wehner hat 1960 bei seiner Rede nicht auf eigene Faust gehandelt, sondern er hat nur das zum Ausdruck gebracht, was eine größere Zahl von Abgeordneten – an der Spitze Wehner, Schmid und Erler – gemeinsam erarbeitet hatten. Aber das habt Ihr in Berlin damals wahrscheinlich gar nicht mitgekriegt.

Egon Bahr:
Es ist ja noch viel schlimmer, dass Willy Brandt in dieser Sache gar nicht konsultiert wurde.

Helmut Schmidt:
Ist meine Vermutung denn zutreffend?

Egon Bahr:
Ich zweifele nicht. Aber wir haben das so nicht mitgekriegt. Wir waren in der Frontstadt Berlin, anders als Ihr in Bonn, natürlich schon länger überzeugt davon, dass die Bundesrepublik sich nach Westen orientieren muss und dass es zum NATO-Beitritt keine Alternative gab. Aber das war in der Partei bekanntlich sehr umstritten. Wir in Berlin galten als rechter Parteiflügel, viel rechter als die SPD in Bonn war.

---

6 Kurt Schumacher (1895-1952), 1924-1933 MdL (SPD) Württemberg, 1930-1933 MdR, 1933-1944 Verfolgung durch die Nazis und mehrmals Zuchthaus- bzw. KZ-Haft, 1945 politischer Beauftragter der SPD in den Westzonen, 1946-1952 SPD-Parteivorsitzender, 1949-1952 MdB (SPD) und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

7 Jean Monnet (1888-1979), französischer Politiker, 1919-1923 stellv. Generalsekretär des Völkerbundes, 1950-1952 Präsident der Pariser Schuman-Plan-Konferenz, 1952-1955 Präsident der Hohen Behörde der Montanunion.

Helmut Schmidt:
Das stimmt, ja.

Egon Bahr:
Das lag daran, dass wir in Berlin gezwungen waren, auch nach Osten zu blicken. Wir konnten dem Osten ja nicht entkommen. 1961, nach dem Bau der Mauer, diesem deprimierenden Ereignis, als wir feststellen mussten, dass sich die westlichen Schutzmächte einig waren, *nichts* zu unternehmen, wurde uns noch deutlicher, dass wir uns, mit dieser Nachbarschaft zum Osten, arrangieren mussten. Die Amerikaner, die Briten und die Franzosen waren der Meinung: Berlin lohnt keinen Krieg, die Deutschen lohnen auch keinen Krieg, und in Europa sind wir ohnehin zu schwach, um einen Krieg zu führen. Im Ergebnis bleibt der Status quo. Es war erschütternd. Wir mussten am Ende unsere eigene Polizei einsetzen, um die Mauer von der Westseite her zu schützen.

Willy Brandt hat damals gemerkt, dass die Stimmung in der Stadt brodelt und die Unruhe wächst. Daraufhin hat er an der Bundesregierung vorbei einen Brief an den damaligen US-Präsidenten John F. Kennedy geschrieben und ihn aufgefordert, nicht nur gute Worte zu sprechen, sondern durch Aktionen zu helfen. Das hat dann dazu geführt, dass die Amerikaner zur Verstärkung ihrer Berliner Garnison eine Kampfgruppe über die Straße von Helmstedt nach Berlin marschieren ließen – letztlich zur moralischen Unterstützung. Sie wurde von den Berlinern empfangen, als ob die eigenen siegreichen Söhne aus dem Krieg zurückkehrten.

Helmut Schmidt:
Nun begann eine Zeit, in der Willy Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin im öffentlichen Bewusstsein quasi zum zweiten Außenminister unseres Staates wurde. Diese Ereignisse fielen in die Endzeit der „Ära Adenauer". Ludwig Erhard[8] übernahm das Ruder. Willy Brandt wurde nun zu einer weltpolitischen Figur. Er führte den Freiheitskampf um Berlin.

---

8 Ludwig Erhard (1897-1977), 1949-1963 Bundeswirtschaftsminister, 1949-1977 MdB (CDU), 1963-1966 Bundeskanzler, 1966-1967 Vorsitzender der CDU, 1967-1977 Ehrenvorsitzender der CDU.

Du erwähntest den Brief, den er nach dem Mauerbau direkt an Präsident Kennedy geschrieben hat. Das Schreiben hat ja dann im Juni 1963 sein Echo von Kennedys Seite vor dem Schöneberger Rathaus gefunden. Ohne die weltpolitische Bedeutung, die Willy Brandt damals erlangte, wäre es Anfang der 60er Jahre wahrscheinlich nicht dazu gekommen, dass wir Sozialdemokraten Brandt als sogenannten Kanzlerkandidaten präsentiert haben – das war wirklich etwas Neues.

Egon Bahr:
Das war ja eine Erfindung, die wir von den Amerikanern übernommen haben, nicht den Kanzler, aber die Kanzlerkandidatur. Das wurde seither institutionalisiert.

Helmut Schmidt:
Ich halte das heute für keine sehr glückliche Sache, denn wir haben in Deutschland nun mal keine Präsidentenwahlen, sondern wir wählen Abgeordnete, die wiederum den Bundeskanzler aus ihrer Mitte wählen. Viele Deutsche denken, es müssten immer Regierung und Opposition gegeneinander stehen so wie in England oder in Amerika. Und da liegt noch ein wesentlicher Unterschied: In diesen beiden Ländern gibt es kein Verhältniswahlrecht wie bei uns.

Egon Bahr:
Also, wir beide werden die Kanzlerkandidatur gewiss nicht mehr abschaffen.

Helmut Schmidt:
Ich kann das nur bedauern, denn es suggeriert dem Wähler, als ob es sich nur um zwei Kräfte handelt, die gegeneinander antreten. Tatsächlich erlaubt unsere Verfassung und unser Wahlrecht bis zu 19 Fraktionen im Deutschen Bundestag. Es gibt derzeit bloß fünf. Das ist noch ganz gut. Aber man kann sich ausrechnen, wenn jede Fraktion 5,1% der Wählerstimmen kriegt, dann ...

Egon Bahr:
... dann sind es am Ende 19 Fraktionen!

Helmut Schmidt:
Ja, und dann landen wir am Ende bei italienischen, französischen oder belgischen Verhältnissen. Und so zu tun, als ob es nur um zwei Kräfte ginge, ist eine Irreführung des deutschen Publikums. Aber Du hast recht, wir werden das nicht mehr ändern.

Egon Bahr:
Ich möchte zurückkommen auf die Zeit nach dem Mauerbau. Damals setzte bei uns in Berlin ein Umdenken ein – nach dem Motto: Wenn uns keiner hilft, dann müssen *wir* eben versuchen, uns *selbst* zu helfen. Uns ging es darum, die Mauer wenigstens durchlässiger zu machen – und sei es nur für einige Stunden am Tag oder nur für den Besuch von Verwandten im Ostteil der Stadt. Willy Brandt begriff durch die damaligen Ereignisse – und das hat seine weitere Politik nachhaltig geprägt: Wenn sich die Deutschen nicht um ihre *eigenen* Interessen kümmern, dann wird ihnen niemand helfen. Das war ein Tabubruch!

Helmut Schmidt:
Dieses Umdenken fand übrigens nicht nur bei Euch in Berlin statt, sondern allmählich auch im Umfeld sowohl der katholischen Kirche als auch der evangelischen Kirche. Ich denke z. B. auch an Richard von Weizsäcker[9] bei der CDU/CSU.

Egon Bahr:
Also, in Berlin haben wir das Umdenken anderer lange Zeit noch nicht gespürt. Hilfreich empfanden wir dann im weiteren Verlauf der 60er Jahre die große flankierende Unterstützung gerade durch die evangelische Kirche, die sich für das, was später „neue Ostpolitik" genannt wurde, einsetzte. Das hat uns insgesamt sehr geholfen. Aber der Tabubruch war erst mal da – und wir sind damit durchgekommen, weil die drei Westmächte damals gesagt haben: Solange ihr unsere Rechte nicht beeinträchtigt, ist das alles in Ordnung. Es wurden dann diese menschlichen Erleichterungen für die Berliner erreicht – vor allem ab Dezember 1963 mit den Passierscheinabkommen. Diese Er-

9 Richard von Weizsäcker (geb. 1920), 1954 Eintritt in die CDU, 1969-1983 MdB (CDU), 1979-1981 Bundestagsvizepräsident, 1981-1983 Landesvorsitzender der CDU in Berlin, 1981-1984 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1984-1994 Bundespräsident.

rungenschaften wurden dann später auf eine höhere Ebene gestellt, weil es in Berlin darüber hinaus praktisch nichts mehr zu regeln gab. Auch hinter diesem berühmt gewordenen Slogan „Wandel durch Annäherung“ stand ja anfangs noch kein Konzept. Das ist erst später in Bonn ausgearbeitet worden. Dahinter stand eigentlich nur der Ansatz: Wenn ich etwas von jemandem will, dann muss ich mich ihm zuwenden. Und da wir vom Osten etwas wollten, am Anfang Passierscheine, später noch sehr viel mehr, mussten wir uns dem Osten *zuwenden*. Aber diese Idee war am Anfang überhaupt nicht populär in Westdeutschland. Sie musste sich erst einmal durchsetzen.

Helmut Schmidt:
Es war sehr schwer, diese Politik im Bundestag durchzusetzen. Gedauert hat es bis Ende der 60er Jahre. Ich darf einmal daran erinnern, dass 1968/69 die Mehrheit des Bonner Parlaments nicht bereit war, den Atomwaffensperrvertrag[10] zu unterzeichnen! Das haben wir dann erst zustande gebracht, als Willy Brandt Kanzler geworden war. Andererseits gab es damals auch in Westdeutschland Leute, die zwar nicht mit Deinem Schlagwort „Wandel durch Annäherung“ einverstanden waren, die aber innerlich begriffen hatten, dass man mit der Sowjetunion ein Gesprächsverhältnis herstellen musste.

1966 bin ich, als einer der stellvertretenden Vorsitzenden der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, am Steuer meines eigenen kleinen Opel gemeinsam mit meiner Frau, meiner Tochter und einem Mitarbeiter von Nürnberg nach Prag, von dort nach Warschau und von Warschau nach Moskau gefahren. Insgesamt waren wir drei Wochen unterwegs, um mit den Leuten in diesen Ländern zu reden. In Prag ging das einigermaßen, in Warschau bekam man die kalte Schulter gezeigt. In Moskau hingegen wurde man ernst genommen. Wladimir Semjonow, der spätere sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik, hat sich damals drei Stunden mit mir unterhalten. Und immer wenn er nicht mehr wusste, was er noch sagen sollte, hat er mir zugeworfen:

10 Der Atomwaffensperrvertrag oder Nichtverbreitungsvertrag ist ein internationaler Vertrag, der das Verbot der Verbreitung und die Verpflichtung zur Abrüstung von Kernwaffen sowie das Recht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie zum Gegenstand hat. Er wurde seit 1968 von den fünf Atommächten USA, Russland, Frankreich, Großbritannien und Volksrepublik China und mittlerweile von 184 Staaten ohne Atomwaffen unterzeichnet.

„Fahren Sie fort!“ Dieses Gespräch werde ich nicht vergessen. Semjonow war natürlich ein ausgefuchster Diplomat. Er konnte sich leisten zu sagen: „Fahren Sie fort!“

Egon Bahr:
Wir haben jetzt einen großen Sprung in den nächsten Themenkomplex hinein gemacht. Als Willy Brandt im Oktober 1969 Bundeskanzler wurde, gab es zwei Kernfragen, die besondere Aufmerksamkeit erregt haben: Das war zum einen die Forderung, „mehr Demokratie zu wagen“, und das war die Forderung nach „inneren Reformen“. Hinzu kam – ebenfalls aus der Antrittsrede Brandts – die Betitelung der DDR als „Staat“, wobei die DDR für die Bundesrepublik kein Ausland sein konnte. Die wechselseitigen Beziehungen, forderte Brandt, müssten einen *besonderen Charakter* haben. Diese Formulierungen in Bezug auf unser künftiges Verhältnis zur DDR waren übrigens zwischen Willy Brandt, Walter Scheel[11] und mir intensiv diskutiert worden. Wir waren uns einig geworden, dass die DDR am Ende als *Staat* anerkannt werden müsse, nicht aber als Völkerrechtssubjekt. Damals hat Willy gesagt: „In einer solchen zentralen Frage muss man sein Herz am *Anfang* über die Hürde werfen.“ Walter Scheel entschied damals: „Das soll alles so gemacht werden, wie es der Herr Bundeskanzler will.“ Toll, kann man da nur sagen, so etwas gibt es heute nicht mehr oft in der Politik!

Wir haben später erfahren, dass exakt dieser Ansatz in Moskau bewirkt hat, dass man gesagt hat: Die sind ernst zu nehmen. Es lohnt sich, mit denen ernsthaft zu reden.

Ich erwähne das nur, weil das ein Punkt gewesen ist, der natürlich zu einem Aufschrei in der Opposition unter Rainer Barzel[12] geführt hat. Überhaupt

11 Walter Scheel (geb. 1919), 1946 Eintritt in die FDP, 1953-1974 MdB (FDP), 1961-1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1967-1969 Vizepräsident des Bundestags, 1968-1974 FDP-Parteivorsitzender, 1969-1974 Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler, 1974-1979 Bundespräsident. Herr Scheel war von 1995 bis 2000 der erste Kuratoriumsvorsitzende der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung.

12 Rainer Barzel (1924-2006), 1954 Eintritt in die CDU, 1956-1987 MdB (CDU), 1962-1963 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1963-1973 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1971-1973 CDU-Bundesvorsitzender, 1982-1983 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, 1983-1984 Präsident des Deutschen Bundestages.

hat sich die gesamte CDU/CSU dann völlig gegen unsere Ost- und Entspannungspolitik verrannt.

Helmut Schmidt:
Die neue Ost- und Deutschlandpolitik wäre ja nicht gut gegangen, wenn es nicht gelungen wäre, die führenden Leute in Washington davon zu überzeugen, dass das Ganze nicht ein camoufliertes Überlaufen auf die sowjetische Seite war. Und da habe ich eine Frage an Dich: Ein Teil dieser Absicherung gegenüber unserer Führungsmacht des Westens lag ja darin, dass wir uns berufen konnten auf den sogenannten Harmel-Bericht von 1967.

Egon Bahr:
Das ist richtig.

Helmut Schmidt:
Pierre Harmel, der damalige belgische Außenminister, hat im NATO-Rat den nach ihm benannten Bericht zum Beschluss gebracht. Wesentlicher Inhalt: Sicherung der Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft des westlichen Bündnisses unter dem gleichzeitigen Angebot von Entspannung gegenüber dem Osten. Wie weit stammt dieser Bericht von dem Belgier und wie weit stammt er von Brandt?

Egon Bahr:
Der Harmel-Bericht stammt insofern von Brandt, als er Klaus Schütz[13], der damals noch Staatssekretär im Auswärtigen Amt war, die Weisung gegeben hatte, in diese Richtung zu verhandeln – und das hat sich dann durchgesetzt. Ich habe im September 1969 als ersten Henry Kissinger als damaligen nationalen Sicherheitsberater von US-Präsident Richard Nixon über die von uns beabsichtigte Neue Ostpolitik informiert. Denn es war klar, dass wir ohne die

13 Klaus Schütz (geb. 1926), 1954-1957 und 1963-1977 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (SPD), 1957-1962 MdB (SPD), 1961-1966 Senator für Bundesangelegenheiten und für das Post- und Fernmeldewesen Berlin, 1966-1967 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1967-1977 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1968-1977 SPD-Landesvorsitzender Berlin.

Deckung durch die Amerikaner überhaupt nichts machen konnten. Da hat der Harmel-Bericht überhaupt keine Rolle gespielt. Henry Kissinger war skeptisch. Immer wieder fragte er: „Habt Ihr dies bedacht und habt ihr das bedacht? Wo kommen wir denn hin, wenn die Deutschen schon wieder anfangen, allein mit den Russen zu reden?“ Ich habe ihm dann schließlich gesagt: „Ich bin nicht hierher gekommen, um zu konsultieren, sondern um zu *informieren*. Wir werden unsere Politik wie geplant durchführen.“ Ich habe dem amerikanischen Außenminister dann in allen Einzelheiten erklärt, was wir wirklich vorhaben, und ich rechne ihm bis heute hoch an, dass er am Ende grünes Licht für unsere Neue Ostpolitik gegeben hat.

Helmut Schmidt:
Er ist dann aber schon noch ein paar Jahre lang misstrauisch geblieben …

Egon Bahr:
Sicher, das kann ich ja aber auch verstehen um alles in der Welt.

Helmut Schmidt:
Henry Kissinger und ich kannten uns schon recht gut seit 1958. Zu meinen Amtszeiten als Verteidigungsminister und später als Finanzminister habe ich bei jedem Gespräch immer wieder dieses latente Misstrauen gegenüber unserer Politik zu spüren bekommen.

Egon Bahr:
Also, mir hat er ein Jahr nach dem Antritt der Regierung Brandt-Scheel gesagt, dass er so etwas noch nicht erlebt hätte in seiner politischen Karriere, dass eine Regierung *erstens* vorher sagt, was sie will, dass sie es *zweitens* dann auch tut und die Sache dann *drittens* sogar funktioniert! Ich kann mir vorstellen, dass Kissinger von der Bundesrepublik als zuverlässigem Verbündeten ausgegangen ist und Brandt vertraut hat. Darüber hinaus könnte er sich gedacht haben, dass die USA jederzeit die Macht hätten, in diesen Prozess einzugreifen. Und drittens wird er gedacht haben: Das sind doch Verrückte, diese kleine Bundesrepublik bietet der großen Sowjetunion *Gewaltverzicht* an! Die fallen damit doch mit Sicherheit auf die Nase. Keiner hat damit gerechnet, welche Konsequenzen die Neue Ostpolitik wirklich nach sich ziehen würde.

Helmut Schmidt:
Ein wichtiger Gesichtspunkt dabei ist, dass die Regierung von Präsident Nixon auch die in Amerika veröffentliche Meinung berücksichtigen musste. Und die war außerordentlich skeptisch. Es war nicht nur Kissinger, sondern es waren viele Amerikaner außerordentlich skeptisch damals. Franzosen auch, und Engländer sowieso.

Karsten Brenner:
Ich möchte an dieser Stelle einhaken. Als Zeitzeuge kann auch ich mir gut vorstellen, dass der Harmel-Bericht eine wichtige multilaterale Rückenstütze für die deutsche Initiative in der Ost- und Deutschlandpolitik war.

Ich würde jetzt gerne zur Innen- und Gesellschaftspolitik übergehen. Wir kommen nachher noch einmal zu den Auswirkungen der ost- und deutschlandpolitischen Initiative der Regierung Brandt-Scheel zurück. Der Slogan „Mehr Demokratie wagen" war ja, wie von Egon Bahr eben vorgetragen, der zweite große Eckpfeiler der Regierungserklärung von 1969. Was waren die Vorstellungen Willy Brandts von der Volkspartei SPD? Willy Brandt wollte, wie schon Bundespräsident Gustav Heinemann[14] – lesen Sie nur die Antrittsrede des Bundespräsidenten von 1969 – auch den protestierenden Studenten klar machen, dass das Grundgesetz eine große Chance bietet – und er forderte die jungen Leute zur aktiven Mitwirkung in den Parteien und in der Gesellschaft auf. Es gab Anfang der 70er Jahre dann geradezu massenhafte Parteieintritte in die SPD. Und meine Frage wäre: Gab es eine Alternative zu dieser Öffnung der Sozialdemokratie für die jungen Menschen und für neue soziale Bewegungen, die sich dann im Verlauf der 70er Jahre ja noch weiterentwickelten? Ich denke da an die grüne Bewegung, die Frauenbewegung und später die Friedensbewegung.

Helmut Schmidt:
Eine Alternative hat es nicht gegeben. Aber es kam in meinen Augen auf die Art und Weise an, wie man das bewerkstelligte. Ich habe von dem Schlagwort „Mehr Demokratie wagen" nicht viel gehalten, muss ich heute bekennen. Und zwar deshalb, weil es in meinen Augen so klang, als ob es bis dahin keine Demokratie gegeben hätte. Brandt fügte ja noch in seiner ersten Regierungserklärung hinzu: „Wir fangen jetzt erst richtig mit unserer Demokratie an!" Ich habe davon nicht viel gehalten, weil in Wirklichkeit ja nicht die Absicht

bestand, unsere Verfassung zu ändern. Es blieb ja auch in der sozial-liberalen Koalition beim alten Grundgesetz. Was Willy Brandt ändern wollte, war die *innere* Haltung der Menschen, und er wollte sie ermuntern, an der politischen Meinungsbildung stärker mitzuwirken. Dies war wiederum auch für meinen Geschmack, und ich würde das heute aus einem Abstand von fast 40 Jahren nicht anders sehen wollen, eine absolut wünschenswerte Öffnung gegenüber den jungen Leuten – aber eben mit anderen Hintergedanken. Nur hat man damals einige an sich herangelassen, die man besser auf Abstand gehalten hätte. Ich will einmal daran erinnern, dass es 1977, als das mörderische Wirken der Baader-Meinhof-Gruppe[15] ihren Höhepunkt erreichte, an einigen deutschen Universitäten durchaus möglich war, wie hieß das damals, „klammheimliche Freude über diese Verbrechen" zum Ausdruck zu bringen.

Karsten Brenner:
Das war aber dann später.

Helmut Schmidt:
Richtig, das war in der zweiten Hälfte der 70er Jahre. Das waren aber Leute, die man Anfang der 70er Jahre ein bisschen zu dicht an sich hatte herankommen lassen. Zu diesem Zeitpunkt war ich schon ein wenig auf Abstand gegangen zu Willy Brandts Idealismus.

---

14 Gustav Heinemann (1899-1976), 1946-1949 Oberbürgermeister von Essen, 1947-1950 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1947-1948 Justizminister Nordrhein-Westfalen, 1949-1950 Bundesinnenminister, 1951 Gründungsmitglied der Notgemeinschaft für den Frieden Europas, 1952 Austritt aus der CDU, Gründung der GVP und deren Vorsitzender (bis 1957), 1957 Eintritt in die SPD, 1957-1969 MdB (SPD), 1966-1969 Bundesjustizminister, 1969-1974 Bundespräsident.

15 Die Rote Armee Fraktion (RAF), anfangs häufig auch „Baader-Meinhof-Gruppe" genannt, war eine linksextremistische terroristische Vereinigung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie wurde 1970 von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Horst Mahler, Ulrike Meinhof und weiteren Personen gegründet. In ihrem Selbstverständnis betrachtete sich die Gruppe als kommunistische, antiimperialistische Stadtguerilla nach südamerikanischem Vorbild. Sie war verantwortlich für 34 Morde, zahlreiche Banküberfälle und Sprengstoffattentate. 1998 erklärte sie ihre Selbstauflösung.

Egon Bahr:
Für mich muss ich sagen, dass ich 1968 im Planungsstab des Auswärtigen Amtes mit anderen Fragen beschäftigt war. Wir hatten keine Zeit darüber nachzudenken, was auf der Straße los war.

Ich habe 1968 erlebt mit einem Gefühl großer Genugtuung – und zwar deshalb, weil ich fand: Da gibt es einen großen Aufbruch der Jugend an der Westküste der Vereinigten Staaten, und der greift über auf einen Aufbruch der Jugend in Paris. Und nun kommt diese Bewegung auch nach Deutschland. Die deutsche Jugend stand nicht abseits von diesem internationalen Aufbruch. Es ging ihr darum, alte Zöpfe abzuschneiden, die Vergangenheit der Eltern zu hinterfragen und nach etwas Neuem zu suchen. Ich habe das nur unter dem Gefühl erlebt: Wundervoll, wir sind jetzt nicht mehr isoliert!

Eine Volkspartei, die links von der Mitte steht, kann nicht wie eine Administration von oben regiert werden. Die Dinge müssen von unten wachsen. Und Willy Brandt hat natürlich gesagt: Die SPD muss ihre Arme weit aufmachen und offen sein für diese neuen Strömungen. Wie diese Strömungen dann *verarbeitet* wurden, ist eine ganz andere Frage. Aber im Prinzip fand ich das alles in Ordnung. Die Entwicklung ist dann ein bisschen über das erwartete Maß hinausgegangen. Aber die Frage lautet: Konnte man das wirklich einfangen und steuern?

Helmut Schmidt:
Ja, das ist der Punkt, in dem Brandt und Schmidt sich unterschieden haben. Nach meiner Meinung ging es schon viel zu früh zu weit. Aber nun gut.

Aber Deine Schilderung ist völlig richtig. Die ganze Sache fing in den amerikanischen Universitäten, genauer gesagt in Kalifornien an und ist dann in andere Staaten der USA übergeschwappt – von dort nach Paris und auf andere europäische Universitäten, insbesondere in Frankfurt am Main und in Berlin.

Diese Jugendrevolte hat sich dann aber auch ausgesprochen marxistisch-leninistischer Elemente bedient. Und das war mir von vornherein unheimlich. Ich habe den Marxismus-Leninismus immer abgelehnt, vom Stalinismus will ich gar nicht erst reden. Und dann habe ich gesehen, dass sich diese extremen Elemente der Baader-Meinhof-Gruppe mit diesen Ideologien identifiziert haben. Das klärte für mich die Lage sehr deutlich. Man sieht die Nachwirkungen übrigens bis heute. Da wird jetzt in den Kinos ein Film gezeigt, der die ganz Episode dieser mörderischen RAF aus der Sicht der Täter zu rekonstruieren

versucht.[16] In meinen Augen ist das eine Groteske. Die Sicht der Opfer fehlt total, und die Position des Staates kommt ziemlich lächerlich, ja teilweise komisch weg. Manche Leute, die inzwischen Ende 50 oder Anfang 60 sind, versuchen, ihre Jugend nachträglich schöner darzustellen als sie gewesen ist. In Wirklichkeit handelte es sich um Verbrechen, um einen Mord nach dem anderen. Zu den Opfern gehörten ganz einfache Menschen wie Kraftfahrer oder Personenschützer. Das machte denen überhaupt nichts aus. D.h., die waren so überzeugt von ihrer Ideologie, dass sie es als gerechtfertigt ansahen, Menschen umzubringen!

Egon Bahr:
Also, ich möchte einfach darauf aufmerksam machen, dass Willy Brandt unsere Partei *nicht* für diese Leute geöffnet hat und dass er auch *kein* Marxist war. In Moskau hat er einmal großes Erstaunen hervorgerufen, als er zugeben musste, dass er in seinem Leben noch nicht einmal den ersten Band von Karl Marx' Kapital gelesen hat.

Helmut Schmidt:
Er ist auch viel zu dick, um gelesen zu werden.

Egon Bahr:
Gut, und jedenfalls hatte Willy, wenn Du es so willst, das Glück, dass Du als Bundeskanzler damit beschäftigt warst, mit diesen Auswüchsen und Verbrechern fertig zu werden oder umzugehen. Ich bin mir aber ganz sicher, dass er versucht hätte, ähnlich zu handeln – auch wenn er nie Deine Fähigkeit zum Krisenmanagement hatte. Es hat in der Krisenzeit keine einzige kritische Äußerung von Willy über Dich gegeben, weder in den Sitzungen im kleinen Kreis, noch öffentlich.

---

16 Gemeint ist das deutsche Filmdrama „Der Baader Meinhof Komplex", das unmittelbar vor der Veranstaltung in die Kinos gekommen war. Regie führte Uli Edel, produziert wurde der Film von Bernd Eichinger, der auch das Drehbuch schrieb. Der Film basiert auf dem gleichnamigen Sachbuchbestseller von Stefan Aust. Die Handlung beschreibt die Geschichte der Rote Armee Fraktion von den Anfängen bis zum Ende des Deutschen Herbstes, der Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyers.

Helmut Schmidt:
Da hast Du ganz gewiss Recht. Trotzdem gibt es einen hochinteressanten Vorgang. Im Jahre 1972 fanden die Olympischen Spiele in München statt, und es gab dieses mörderische Attentat palästinensischer Terroristen gegen die israelische Olympiamannschaft. Ein paar Monate später wurde ein deutsches Verkehrsflugzeug entführt, und die Terroristen verlangten die Freilassung ihrer Gesinnungsgenossen aus dem Attentat auf das Olympiadorf, die in deutschen Gefängnissen saßen. Im Gegenzug würden sie die entführte Maschine freigeben. Der Handel kam zustande. Diesen Vorgang hat die deutsche öffentliche Meinung damals gar nicht richtig mitbekommen. Das wurde alles ganz leise erledigt. Aber ein paar Jahre später hatte das für meine Regierung riesenhafte Konsequenzen: Anfang 1975 wurde der Berliner CDU-Vorsitzende Peter Lorenz entführt. Klaus Schütz, der damalige Regierende Bürgermeister, und auch Helmut Kohl[17], der mit Lorenz befreundet war, waren ganz selbstverständlich der Meinung, es würde ausgetauscht werden, so wie schon einmal geschehen. Und ich habe damals mitgemacht. Das werfe ich mir heute noch vor! Ich habe mir schon am nächsten Morgen gedacht: Das darf man nie wieder tun, denn es lädt dazu ein, es ein drittes, viertes und fünftes Mal zu machen. Aus meiner Sicht war es also falsch, sich an das Präjudiz der vorangegangenen Regierung zu halten. Ich habe diese Entscheidung natürlich nicht allein getroffen, aber die Verantwortung dafür muss ich allein auf mich nehmen. Später, 1977, haben wir dann alle in Bonn davon überzeugen können, einschließlich Helmut Kohl und Franz Josef Strauß[18], dass wir nicht nachgeben dürfen.

Karsten Brenner:
Wir hatten ab 1968/69 diese große Aufbruchstimmung in der Bevölkerung – dieses enorm gewachsene Interesse an der Politik. Später, in den 70er Jahren, gab es dann diese schlimmen Entwicklungen, über die wir eben gesprochen haben. Aber sollten wir uns nicht noch einmal auf die Rolle konzentrieren, die Willy Brandt in diesem Aufbruch hatte? Wäre es nicht auch heute wieder an der Zeit, an die jungen Menschen zu appellieren, sich an der Demokratie zu beteiligen –vor dem Hintergrund des wachsenden Desinteresses an der Politik, der weit verbreiteten Politikverdrossenheit. Müsste man sich nicht heute doch fragen, ob das „Mehr Demokratie wagen" im Sinne von einem *Mehr an politischer Partizipation* eines Revivals bedarf? Wäre das so schlecht für unser Land?

Helmut Schmidt:
Politiker wünschen sich natürlich immer, dass das Volk in der gleichen Richtung politisch denkt wie der Mann, der da oben gerade redet. Das ist ganz natürlich. Wenn junge Leute bereit sind, wie Sie es gesagt haben, auch *Verantwortung* auf sich zu nehmen, dann ist das eine wunderbare Sache! Das ist aber eher die Ausnahme bei jungen Leuten, ob in Deutschland oder sonst wo in der Welt. Junge Leute stellen gerne Forderungen – zur Verantwortung müssen sie erst mühsam erzogen werden. In der Regel ist es erst das Leben, das ihnen beibringt, dass es wesentlich auf ihr Verhalten ankommt. Hier wurde vorhin Gustav Heinemann zitiert. Heinemann und ich haben uns manchmal etwas kontrovers unterhalten. Er war Bundesjustizminister, später wurde er dann ein wunderbarer Bundespräsident. Heinemann war eigentlich von Herzen pazifistisch. Und er hat mich aufmerksam gemacht auf etwas, was ich zuvor nicht kannte: auf die Barmer Theologische Erklärung von 1934. Sie war als Abwehr der von den Nazis inszenierten „Deutschen Christen" gedacht und wurde im Wesentlichen formuliert von Karl Barth[19]. Und da kommt der schöne Satz drin vor, er stammt von Karl Barth – ein wichtiger Grundsatz der Erklärung: Nicht nur die Regierenden, sondern auch die *Regierten* sind verantwortlich. Das steht übrigens ganz im Gegensatz zum Apostel Paulus und dem Römerbrief, Kapitel 13. Ich wiederhole: Auch die *Regierten* sind verantwortlich! Das habe ich zuerst formuliert gehört von meinem Freund Gustav Heinemann. Und daran möchte ich festhalten. Wenn das z. B. der heutigen heranwachsenden Generation ins Bewusstsein dringt, dann ist das gut.

---

17 Helmut Kohl (geb. 1930), 1947 Eintritt in die CDU, 1959-1976 MdL (CDU) Rheinland-Pfalz, 1966-1973 Landesvorsitzender der CDU in Rheinland-Pfalz, 1969-1976 rheinland-pfälzischer Ministerpräsident, 1969-1973 stellv., 1973-1998 CDU-Bundesvorsitzender, 1976-2002 MdB (CDU), 1982-1998 Bundeskanzler.

18 Franz Josef Strauß (1915-1988), 1945 Mitbegründer der CSU, 1949-1978 und 1987 MdB (CSU), 1949-1953 und 1963-1966 stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1951-1961 stellv., 1961-1988 CSU-Vorsitzender, 1953-1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1955-1956 Bundesminister für Atomfragen, 1956-1962 Bundesminister der Verteidigung, 1966-1969 Bundesminister der Finanzen, 1978-1988 bayerischer Ministerpräsident.

19 Karl Barth (1886-1968) war ein Schweizer evangelisch-reformierter Theologe. Er gilt im Bereich der europäischen evangelischen Kirchen aufgrund seiner theologischen Gesamtleistung als „Kirchenvater des 20. Jahrhunderts".

Egon Bahr:
Immer wieder werde ich gefragt: Warum gibt es eigentlich so selten unverwechselbare Persönlichkeiten? Da werden Namen wie Konrad Adenauer genannt. Auch der Name Helmut Schmidt fällt, oder Helmut Kohl. Herbert Wehner ist dabei, und natürlich Willy Brandt. Meine Antwort lautet: Es wird wohl daran liegen, dass wir heute Generationen haben, die nicht gezwungen waren, in ihrem frühen Leben *wirklich existenzielle Entscheidungen* zu treffen. Die Nachkriegsgenerationen sind ganz selbstverständlich in unseren Wohlfahrtstaat hineingewachsen und haben ein hohes Anspruchsdenken entwickelt. Karriere zu machen ist keine Existenzfrage mehr. Karriere machen bedeutet heute allein aufzusteigen. Man darf aber auch nicht vergessen, dass in der Zeit, über die wir eben gesprochen haben, d.h. in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts, es ungeheuer faszinierende Vorgänge und politische Entwürfe bzw. Entwicklungen gegeben hat. Das hat natürlich zu einem stärkeren Engagement der Jugend geführt.

Was sind eigentlich die großen Themen von heute, von denen man erwarten könnte, dass sich die Jugend für sie begeistert? Doch wohl nicht ein bisschen mehr oder weniger an Rente oder ein bisschen mehr oder weniger Ausstoß an CO_2, oder? Das ist doch nichts, was die Leute vom Stuhl reißt! Du erinnerst Dich sicher noch mit mir an Zeiten, in denen Willy Brandt gefordert hat: „Der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden!“ Das war im Bundestagswahlkampf 1961 – und das Wort Umweltschutz gab es damals noch gar nicht!

Als die Grünen dann kamen, in den späten 70er und frühen 80er Jahren, das war noch etwas, was die jungen Leute fasziniert hat. Aber was sollte sie heute eigentlich noch faszinieren?

Helmut Schmidt:
Ich stimme Deiner Analyse zu, aber ich nehme Anstoß daran, dass Du offenbar gerne möchtest, dass die Jugend *begeistert* ist.

Egon Bahr:
Ich möchte sagen: engagiert.

Helmut Schmidt:
Ich hege ganz großen Argwohn gegenüber *begeisterten* Leuten in der Politik. Je größer die Begeisterung, desto geringer der Verstand.

Egon Bahr:
Also, erstens stimmt das. Zweitens stimmt es überhaupt nicht. Wenn der Verstand beim Regieren fehlt …

Helmut Schmidt:
Du bist ein Musterbeispiel für den Verstand.

Egon Bahr:
Nein, Du!

Helmut Schmidt:
Aber Du bist kein Beispiel für Begeisterung in der Politik.

Egon Bahr:
Na, also, ich war mit dem Verstand begeistert für *Entspannungspolitik!*

Helmut Schmidt:
Mal im Ernst: Begeisterung in der Politik ist etwas Gefährliches. Ich war begeistert von John F. Kennedys großartiger Antrittsrede als Präsident: *Frag nicht, was dein Land für dich tun kann. Du musst fragen, was du für Amerika tun kannst.* Das hat mich begeistert!

Egon Bahr:
Mich auch.

Helmut Schmidt:
Und später führte Kennedy die Amerikaner nach Vietnam. Das hat mich betroffen gemacht – die Tatsache, dass dieser Idealist Kennedy sich in der tatsächlichen Politik diesen schwerwiegenden Fehler geleistet hat. Das hat mich tief geprägt. Hier spielte die Begeisterung für idealistische Ziele herein, die dazu führte, dass man am Ende Gefahren oder sogar Abgründe nicht erkannte.

Egon Bahr
Das sehe ich ja auch so. Aber sag doch bitte mal statt Begeisterung *Engagement.*

Helmut Schmidt:
Engagement ist etwas anderes.

Karsten Brenner:
Ich würde jetzt gern zum dritten Punkt kommen. Die Frage lautet: Welchen Beitrag hat die ost- und deutschlandpolitische Initiative der Regierung Brandt/Scheel/Schmidt und der dann von Ihnen, Herr Schmidt, als Bundeskanzler vorangetriebene KSZE-Prozess für die späteren Veränderungen in Osteuropa geleistet? Welche Auswirkungen hatte das auf die Chance, unser Land und Europa zu einen?

Im nächsten Jahr feiern wir den 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer. Die Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler liegt dann 40 Jahre zurück. Was verbindet die beiden Jahre 1969 und 1989 miteinander? Welche Rolle hat in diesem Prozess später der NATO-Doppelbeschluss und die dann doch noch gefundene Null-Lösung in der Raketenfrage gespielt?

Egon Bahr:
Der Moskauer Vertrag war der *Schlüssel*, und er hatte einen Kernpunkt: Der sowjetische Außenminister Gromyko hatte erklärt, dass wir uns über *nichts* einigen können, so lange wir uns nicht über die Grenzfrage geeinigt haben. Dahinter stand natürlich die Absicht der Sowjetunion, die Grenzen in Europa unantastbar, unverletzlich, unverrückbar, unveränderbar etc. zu machen. Wir wollten hingegen den Weg zu einer späteren deutschen Einheit nicht verbauen. Das war eine Frage des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen. Eine Wiedervereinigung, womöglich in den Grenzen von 1937, konnte es nicht geben. Das stand ja auch nicht im Grundgesetz. Aber im Grundgesetz verbrieft war das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung und darauf, die Einheit der Nation auf friedlichem Wege wieder herzustellen. Also haben wir uns verständigt auf die *Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa*. Die Grenzen konnten also nur im gegenseitigen Einvernehmen verändert werden. Das ist dann 1975 auch wörtlich übernommen worden in die Schlussakte von Helsinki.[20]

Helmut Schmidt:
Richtig.

Egon Bahr:
1990 wurde es dann auch unverändert übernommen in die Charta von Paris[21], gewissermaßen als Grundgesetz für die europäische Stabilität und Sicherheit. Und wo dieses Grundgesetz verletzt wird, auch im heutigen Europa, bekommen wir viel Ärger. Das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen wurde verletzt gegenüber dem auseinanderfallenden Jugoslawien. Dort gibt es bis heute noch keine international anerkannten Grenzen. Das Prinzip wurde verletzt mit Blick auf das Kosovo – und es wurde zuletzt verletzt von den Russen gegenüber Georgien. Aber ich habe keinen Zweifel, dass wir zu diesem Prinzip zurückkehren müssen.

Konkret zum Kosovo: Ich kann keine Provinz aus einem Staat „amputieren" und dann sagen, das ist nun ein unabhängiger Staat. Mag sein, dass inzwischen 40 Staaten das Kosovo anerkannt haben, aber eben rund 160 *nicht* – und von den Nachbarn findet sich keiner darunter. Ich habe keinen Zweifel, dass weder Abchasien noch Südossetien international anerkannt werden. Die Ausnahme bildet Russland.

D.h., ich muss zu einem *Grundgesetz europäischer Stabilität und Sicherheit* in und durch die Grenzfragen zurückkommen. Und das werden wir in den nächsten Jahren erleben.

---

20 Die Schlussakte von Helsinki wurde am 1. August 1975 zum Abschluss der 1. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von allen europäischen Staaten (mit Ausnahme von Albanien), der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten und Kanada unterzeichnet. In ihr wurden Vereinbarungen über die Menschenrechte, die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt, Sicherheitsfragen sowie Fragen der Zusammenarbeit in humanitären Angelegenheiten getroffen. Ziel war es, dem Ost- und Westblock in Europa zu einem geregelten Miteinander zu verhelfen.

21 Die Charta von Paris ist eine grundlegende internationale Akte über die Schaffung einer neuen friedlichen Ordnung in Europa nach der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Ende des Kalten Krieges zwischen Ost und West. Sie wurde am 21. November 1990 in Paris als Schlussdokument der KSZE-Sondergipfelkonferenz von 32 europäischen Ländern sowie den USA und Kanada unterschrieben. Die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten erklärten die Spaltung Europas für beendet, verpflichteten sich zur Demokratie als einziger Regierungsform und sicherten ihren Völkern die Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu.

Helmut Schmidt:
KSZE heißt Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie war ursprünglich eine sowjetische Initiative. Und am Ende bekamen die Sowjets das, was sie von Anfang an haben wollten – nämlich die Unterschrift aller Teilnehmer, außer Albanien, das nicht beteiligt war. Dafür waren sogar die USA und Kanada dabei.

Egon Bahr:
Am wichtigsten war damals die Grenzfrage.

Helmut Schmidt:
Ja, für die Sowjets. Aber es war nur möglich, die Amerikaner dazu zu bringen, an der KSZE teilzunehmen, weil der sogenannte Korb III über „Menschenrechte und Grundfreiheiten" hinzugefügt wurde. Und das hatte später gewaltige Konsequenzen in Polen, in der Tschechoslowakei, in der damaligen Sowjetunion sowie in anderen Ländern des Warschauer Paktes. Was ich aber noch hinzufügen möchte, ist die von Dir zu Recht hervorgehobene Bedeutung des Prinzips der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten. Dieses Prinzip ist schon sehr viel älter. Das klassische Völkerrecht beruht im Kern darauf.

Ich bin allerdings viel weniger optimistisch als Du im Hinblick auf die Entwicklung bei der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates. Folgendes Beispiel: Vor wenigen Tagen hat der NATO-Rat eine Sitzung in Tiflis, in der Hauptstadt *Georgiens*, abgehalten. Georgien ist definitiv nicht Mitglied des Nordatlantischen Bündnisses. Das war deshalb eine Provokation ohnegleichen. Wenn ich Russe wäre, wäre ich empört. Das ist genauso, als ob zu Breschnews oder Chruschtschows Zeiten der Warschauer Pakt seine Ministerratstagung auf Kuba abgehalten hätte. Und ich erkenne in der Bedenkenlosigkeit, mit der man die russischen Gefühle verletzt, die Gefahr, dass wir keineswegs mit Sicherheit davon ausgehen können, dass das Prinzip der Nichteinmischung stärker zur Geltung kommt.

Du hast zu Recht das Kosovo erwähnt. Der Kosovokrieg[22] geschah unter einem Bruch des Völkerrechts. Der Bosnienkrieg[23] war ein Bruch des Völkerrechts. Der Irak-Krieg[24] war ein Bruch des Völkerrechts. Die Intervention in Afghanistan im Jahr 2002[25] dagegen nicht. Sie ist völkerrechtlich völlig in Ordnung. Ob sie sachlich vernünftig war, ist eine andere Frage. Ich muss sagen:

Ich traue der gegenwärtigen amerikanischen Regierung unter George W. Bush Jun. nicht mehr viele Fehler zu, weil sie nicht mehr viele Wochen im Amt ist. Aber ich denke, die politische Klasse in Amerika schert sich generell nicht sehr viel um den Anspruch, sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates einzumischen. Da habe ich nicht viel Vertrauen.

---

22 Der Kosovokrieg von 1999 war ein Krieg zwischen der Bundesrepublik Jugoslawien und der UÇK („Befreiungsarmee des Kosovo", einer albanischen paramilitärischen Organisation), die im Verlauf durch einige NATO-Staaten (USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Dänemark, Norwegen, Italien, Niederlande, Belgien, Kanada, Portugal und Spanien) unterstützt wurde. Aus Sicht der NATO ging es dabei um die Bekämpfung von erheblichen Menschenrechtsverletzungen im Kosovo durch die serbischen Behörden. Serbien bestritt solche Verletzungen und beklagte sezessionistische Tendenzen bei großen Teilen der albanischen Bevölkerung des Kosovo, die mit terroristischen Mitteln umgesetzt werden sollten und daher bekämpft werden mussten. Im Ergebnis des Krieges wurde, basierend auf der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates, eine UN-Verwaltung in der Provinz eingerichtet, gleichzeitig aber auch die Zugehörigkeit des Gebietes zur Bundesrepublik Jugoslawien bestätigt. Am 17. Februar 2008 hat sich der Kosovo schließlich zu einem unabhängigen Staat erklärt.

23 Unter dem Begriff Bosnienkrieg (ca. 100.000 Tote) wird der Krieg in Bosnien und Herzegowina 1992 bis 1995 verstanden, der infolge des beginnenden Zerfalls der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ausbrach. Während große Teile der serbischen Bevölkerung für einen Verbleib in der jugoslawischen Föderation und einen engen Verbund mit Serbien plädierten, gab es insbesondere bei den Bosniaken den Wunsch, einen eigenen unabhängigen Staat zu bilden. Kroaten aus der westlichen Herzegowina wollten sich stärker an Kroatien anlehnen beziehungsweise sich dem neuen kroatischen Staat anschließen. Die Spannungen eskalierten nach der Anfang März 1992 verkündeten Unabhängigkeit der Republik Bosnien und Herzegowina (RBiH) und der Ausrufung einer bosnisch-serbischen Republik. Die Kriegsparteien begannen mit sogenannten ethnischen Säuberungen, die in bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen allen drei großen Volksgruppen mündeten, die von den jeweiligen nationalistischen Gruppierungen angeheizt wurden. Dabei wurden die bosnischen Serben massiv sowohl mit Waffen als auch durch paramilitärische Truppen von Seiten der verbliebenen Bundesrepublik Jugoslawien unterstützt, während die bosnischen Kroaten Unterstützung seitens Kroatien erfuhren. Die Bosniaken konnten sich anfangs nur auf leichte Waffen der früheren Territorialverteidigung stützen. Später erhielten sie auch internationale Unterstützung, vornehmlich aus arabischen Staaten.

24 Gemeint ist der sog. Zweite Irak-Krieg: die Invasion des Irak durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und weiterer verbündeter Staaten in der sogenannten „Koalition der Willigen" im Jahr 2003 mit dem Ziel, das Regime von Saddam Hussein zu stürzen. Die Koalition ordnete die Invasion als Präventivkrieg ein, den sie unter anderem mit einer akuten Bedrohung durch den Irak u. a. durch atomare, biologische und

Egon Bahr:
In dem letzten Punkt gebe ich Dir Recht. Ich rechne auch nicht damit, dass sich dieser Missionsgedanke, dieses Sendungsbewusstsein der Amerikaner ändern wird.

Helmut Schmidt:
Es wird sich nicht ändern.

Egon Bahr:
Nein, unter keinem Präsidenten. Aber ich wäre schon sehr, sehr zufrieden, wenn diese unsägliche Sicherheitsdoktrin vom September 2002 aufgehoben würde. Mit dieser Doktrin hat sich der jetzige US-Präsident angemaßt zu sagen: Ich entscheide, wann ich eine Gefahr für mein Land sehe, und ich entscheide, dass ich Krieg führe, auch präventiv, auch ohne Zustimmung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

Helmut Schmidt:
Nicht nur präventiv, also um einem Krieg *vorzubeugen* oder ihn zu *verhüten*, sondern sogar *präemptiv!* Das steht in der Doktrin! Und präemptiv heißt: Militärschläge zur Ausschaltung einer *zukünftigen*, also noch gar nicht bestehenden Gefahr!

Egon Bahr:
Ich möchte noch einmal auf die Schlussakte von Helsinki zurückkommen. Korb III mit der Verpflichtung zur Gewährung von mehr Menschenrechte und

chemische Waffen rechtfertigte. Einige Rechtswissenschaftler und Kritiker werten die Invasion hingegen als Angriffskrieg, weil ihr kein Beschluss des UN-Sicherheitsrates zugrunde lag.

25 Der Afghanistan-Krieg der USA und ihrer Verbündeten im Jahr 2001 war die erste große militärische Reaktion auf die Terroranschläge am 11. September 2001 und stellt somit den ersten Militärschlag im weltweiten Krieg der USA gegen den Terrorismus dar. Er richtete sich sowohl gegen die für die Anschläge verantwortliche Terrororganisation al-Qaida als auch gegen das seit Mitte der 1990er Jahre in Afghanistan herrschende islamisch-fundamentalistische Taliban-Regime, das der Beherbergung und Unterstützung Osama bin Ladens und anderer hochrangiger Mitglieder von al-Qaida bezichtigt wurde. Bis heute stehen die Truppen der Koalition in Afghanistan und versuchen, einen funktionsfähigen Staat aufzubauen.

Grundfreiheiten hat natürlich den Menschen im ganzen Ostblock ein bisschen mehr Luft zum Atmen gegeben. Also, das Wort Dissident – bis dahin nur aus der Kirchengeschichte bekannt – wurde bald zum Synonym für politisches Aufbegehren für mehr Freiheit. Die Sowjets haben damals akzeptiert, dass es ohne die Beteiligung der USA keine sicherheitspolitischen Regelungen in Europa geben wird. Und es ist natürlich kein Zufall, dass zwei Jahre später in Prag die Charta 77[26] verfasst wurde. Und es ist kein Zufall, dass im Sommer 1980 in Polen dann die Gewerkschaft Solidarität gegründet wurde. Alles in allem wurde in Helsinki ein Prozess in Gang gesetzt, der weit über das hinausging, was die Russen und auch die Westmächte erwartet hatten. Und die einzigen, die gehofft haben, es würde mit der KSZE ein Prozess eingeleitet, an dessen Ende die Deutsche Einheit stehen könnte, das waren ein paar Verrückte in der sozial-liberalen Koalition in Bonn! Aber dieser Prozess war eingeleitet und konnte nicht mehr aufgehalten werden. Gott sei Dank!

Helmut Schmidt:
Da sind wir einer Meinung.

Egon Bahr:
Aber zum NATO-Doppelbeschluss[27] nicht.

26 Charta 77 bezeichnet sowohl eine im Januar 1977 veröffentlichte Petition gegen die Menschenrechtsverletzungen des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei als auch die mit ihr verbundene Bürgerrechtsbewegung, die in den 1970er und 1980er Jahren zum Zentrum der Opposition wurde. 1976 schlossen sich Künstler und Intellektuelle, aber auch Arbeiter, Priester, Exkommunisten und ehemalige Mitarbeiter des Geheimdienstes und andere gewöhnliche Tschechoslowaken – unter ihnen etwa der Dramatiker Václav Havel, Jiří Hájek und Jiří Dienstbier (Politiker des Prager Frühlings) – zusammen, um auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen, die im Widerspruch zu der vom tschechischen Außenminister unterschriebenen Schlussakte von Helsinki standen.

27 Der NATO-Doppelbeschluss von 1979 erfolgte in Reaktion auf die seit Jahren forcierte Aufstellung neuer sowjetischer atomarer Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 in Europa und bestand aus zwei Teilen: Er bot dem Warschauer Pakt Verhandlungen über eine beidseitige Begrenzung sowjetischer und US-amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen an. Für den Fall, dass die Verhandlungen zu keiner Einigung führen sollten, kündigte er zugleich die Aufstellung einer neuen Generation US-amerikanischer Raketen, der Pershing II und Marschflugkörper (Cruise Missiles), in Westeuropa an. Nach dem Scheitern der Verhandlungen in Genf wurden die Raketen ab Herbst 1983 aufgestellt.

Helmut Schmidt:
Richtig!

Egon Bahr:
Du warst damals Bundeskanzler, und ich war nun einmal anderer Meinung – und bin es immer noch! Und ich will dies auch kurz begründen. Am Ausgangspunkt der Geschichte standen wir auf *einer* Seite. Wir fühlten uns von den Amerikanern getäuscht. Wir waren beide der Meinung, *wenn* es schon diese neuen Waffen geben musste, dann allenfalls nur auf See und nur als Cruise Missiles, also Marschflugkörper. Das haben wir beide unabhängig voneinander gefordert. Und dann hat man uns gesagt, dass das technisch nicht möglich sei. Diese Waffen, stationiert auf U-Booten und Schiffen, wurden wenig später dann doch eingeführt. In einem zweiten Punkt habe ich mich noch viel stärker getäuscht gefühlt. Wir haben als SPD ja damals den Beschluss gefasst, die endgültige Entscheidung der Partei über die Stationierung der neuen Raketen in der Bundesrepublik abhängig zu machen von dem amerikanisch-sowjetischen Verhandlungsergebnis Ende 1983. Ja, ich hatte dann aber das Gefühl, die Amerikaner verhandelten überhaupt nicht mit dem Willen zu einer Einigung. Und das ist dann später auch bestätigt worden durch Strobe Talbott in seinem berühmten Buch „Raketenschach". Uneins sind wir uns in einem weiteren Punkt: Du warst damals natürlich der Auffassung, dass sich die Bundesrepublik nicht singularisieren durfte. Zum Schluss war sie jedoch singularisiert – mit den auf ihrem Boden stationieren Pershing II!

Helmut Schmidt:
Wir waren nicht singularisiert. Zumindest die Cruise Missiles wurden ab 1983 auch in Großbritannien, in den Niederlanden, in Belgien und in Italien stationiert.

Aber vielmehr entscheidend war doch 1987 das *Schlussergebnis* der ganzen Geschichte!

Egon Bahr:
Das Schlussergebnis hatte aber nichts mit Helmut Schmidt und auch nichts mit Helmut Kohl zu tun.

Helmut Schmidt:
Egon, da muss ich Dir eine Geschichte erzählen.

Egon Bahr:
Erzähl mal!

Helmut Schmidt:
Das Ende der Geschichte war, dass diese Waffensysteme auf beiden Seiten verschwanden, die SS-20-Raketen wie die Pershing II. Und wie ist dieses Schlussergebnis zustande gekommen? Ich erzähle Dir jetzt von einem privaten Gespräch zwischen Michail Gorbatschow[28] und mir. Wir waren damals schon beide aus der Politik ausgeschieden. Ich sagte zu Gorbatschow: Was habt ihr Euch denn eigentlich dabei gedacht, als ihr diese SS-20-Raketen zu Hunderten auf Deutschland und Westeuropa gerichtet habt? Und jedes Jahr kamen einige Dutzend neue Raketen hinzu. Sie sind doch damals schon ein junges Mitglied im Politbüro gewesen sagte ich. Und Gorbatschow erwiderte: Ja, er sei schon dort gewesen. Aber diese Rüstungsfrage sei im Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion niemals erörtert worden. Ich dachte, mich laust der Affe, als ich das hörte! Ich habe dann nachgefragt. Gorbatschow bestätigte, dass die Militärs und der „alte Herr", wie er ihn nannte, damals wohl gemeinsame Sache gemacht hätten. Der „alte Herr", das war Leonid Breschnew. Als Gorbatschow später Präsident wurde, ist er zum russischen Generalstab gegangen, auch zu den Verantwortlichen für die Raketentruppen. Da habe er dann von den kommandierenden Generalen gelernt, dass es gegen die Pershing II keine Verteidigung gibt. Und dann habe er 1986 in Reykjavik als sowjetischer Präsident dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan den Vorschlag gemacht, diese Waffensysteme auf beiden Seiten abzubauen. Dazu mein Kommentar im Gespräch zu Gorbatschow: Aber das war doch genau *das*, was ich von Anfang an vorgeschlagen hatte! Das sei richtig, entgegnete er, und ich hätte das ja auch laut genug öffentlich verkündet. Da sagt der Schmidt: Aber der Reagan hat doch gar nicht verstehen können, wovon bei diesem radikalen Vorschlag die Rede war. Entgegnet der Gorbatschow: Das stimmt, aber sein Außenminister George Shultz war dabei. Und auf diese

28 Michael S. Gorbatschow (geb. 1931), sowjetischer Politiker, 1971-1991 Mitglied des ZK, 1978 ZK-Sekretär, 1980-1981 Mitglied des Politbüros, 1985-1991 Generalsekretär der KPdSU, 1988-1990 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (Staatsoberhaupt), 1990-1991 Staatspräsident der SU, 1990 Friedensnobelpreis.

Weise ist die Abrüstung, der spätere INF-Vertrag, Ende 1987 zustande gekommen – genau acht Jahre nach dem sogenannten NATO-Doppelbeschluss. Das Ergebnis war der erste wirkliche Abrüstungsvertrag zwischen West und Ost in der Geschichte seit 1945!

Ich bin mit diesem Ergebnis ganz zufrieden, und wenn Du großzügig bist, müsstest Du auch zufrieden sein.

Egon Bahr:
Ich bin umso zufriedener, als dass ich das gleiche Ergebnis schon etwas früher hätte haben wollen.

Ich erzähle Dir nun auch mal eine Geschichte. Sie spielt auf einer Sitzung in Oslo in Anwesenheit von Gro Harlem Brundtland, der damaligen norwegischen Ministerpräsidentin, und der Zufall wollte es, dass Richard Perle dabei war, damals ein wichtiger Berater der amerikanischen Regierung in Abrüstungsfragen. Ich kam mit Perle ins Gespräch – und das war alles andere als freundlich. Ich habe ihm damals den Vorwurf gemacht, dass die USA mit der Nachrüstung der Pershing II und den landgestützten Cruise Missiles in Wirklichkeit eine *Desolidarisierung* Amerikas von Europa vornehmen. Zuvor hatte es nur die strategischen Atomraketen gegeben, d. h. Amerika musste fürchten, selbst zum Ziel sowjetischer Atomraketen zu werden, wenn zwischen Ost und West in Europa ein Konflikt ausbrechen sollte. Meine Argumentation: Wenn aber jetzt amerikanische Raketen *in Europa* stehen und Moskau treffen können, dann würde die Sowjetunion im Konfliktfall natürlich erkennen, dass die strategischen Streitkräfte der Vereinigten Staaten nicht im Kampf stehen. Die beiden Supermächte könnten also einen auf Europa begrenzten atomaren Krieg führen. Darüber gab es damals zwei Theorien: Die eine sagte, dass das Ganze, einmal begonnen, zum totalen Atomkrieg eskalieren würde, und die andere ging davon aus, dass man einen solchen Konflikt begrenzen könne. Perle ist dann aber eben nicht wütend durch die Decke gegangen und hat protestiert, sondern er hat seelenruhig gesagt: Ja, so kann man denken.

Helmut Schmidt:
Richard Perle schätze ich genauso wenig wie Du.

Egon Bahr:
Der „Herr der Finsternis“ wurde er damals genannt.

Helmut Schmidt:
Aber wir bleiben verschiedener Meinung, Egon.

Egon Bahr:
OK.

Helmut Schmidt:
Ein Engländer würde sagen: „Let’s agree to differ!“

Egon Bahr:
Ich will nur noch drei Sätze hinzufügen: Ich weiß genau, von welchen Überzeugungen, Kalkulationen und Analysen Deine Politik damals bestimmt gewesen ist. Da haben wir uns eben unterschieden. Und ich weiß noch genau, welchen Ärger ich Dir mit der Neutronenbombe[29] gemacht habe …

Helmut Schmidt:
Ehrlich? Nicht mir. Das nehme ich Dir nicht übel. Den Ärger hat Jimmy Carter gemacht!

Egon Bahr:
Der hat dann aber zurückgezogen, also die Bombe nicht bauen lassen.

Helmut Schmidt:
Ich habe der Neutronenbombe damals deshalb zugestimmt, weil ich dachte, wir können uns nicht noch auf einem dritten Felde Krach mit den Amerikanern leisten.

Ich muss eine zweite Geschichte erzählen, von der ich nicht weiß, ob Du sie schon kennst. Zu Beginn der Regierung Brandt-Scheel war ich ohne große Begeisterung Verteidigungsminister. Ich hatte dieses Amt nicht gewollt. Gerne wäre ich Fraktionsvorsitzender unserer Partei im Bundestag geblieben. Als

29 Eine „Neutronenbombe“ ist eine Kernwaffe, die Menschen und andere Lebewesen durch kurzzeitig wirkende Strahlung tötet, jedoch aufgrund einer relativ niedrigen Explosionskraft Gebäude etc. weitgehend intakt lässt. Sie gilt daher als „taktische Waffe“. Viele Experten fürchteten damals, dass ihre Einführung einen begrenzten Atomkrieg ermöglichen würde.

ich das Amt übernommen hatte, stellte ich fest, dass es nicht nur Pläne gab, sondern schon weit gediehene Vorbereitungen für die Schaffung eines Gürtels von atomaren Landminen entlang der damaligen sogenannten Zonengrenze – und zwar auf westlicher Seite. Die Idee: Sollten Truppen des Warschauer Paktes die Grenzen überqueren, würden die Atomminen hochgehen. Geplant waren mehr als 100. Die Löcher waren auch schon gebohrt, und die Minen lagen bereit. Es handelte sich um eine streng geheim gehaltene Planung der NATO, einschließlich der deutschen militärischen Spitzen, geheim gehalten auch vor dem Bundestag und vor der Öffentlichkeit sowieso. Und weil ich damals schon ein wenig von atomarer Strategie verstand, habe ich gewusst: Diese Dinger müssen weg! Es ist mir dann schließlich mit Hilfe eines wunderbaren amerikanischen Verteidigungsministers, er hieß Melvin Laird, gelungen, diese Minen zu beseitigen. Das hat über drei Jahre gedauert. Wir haben das alles ganz leise gemacht, weil ich damals die Sorge hatte, dass diese Geschichte eine Angstwelle in Deutschland auslösen würde, wenn die Pläne öffentlich bekannt würden.

Egon Bahr:
Ich habe das immer anerkannt – mit großer Bewunderung und großem Respekt vor Dir! Und, verstehst Du, ich füge das jetzt *piano* hinzu: Wir haben uns in all den Jahren immer in die Augen schauen können, und wir haben weiterhin Schach miteinander spielen können, obwohl wir wussten, dass wir in Rüstungs- und Sicherheitsfragen unterschiedlicher Meinung waren. Und Du wusstest, dass ich niemals gegen Dich intrigieren würde. Das war ausschlaggebend dafür, dass Du mich mit Willy zusammen zum Bundesgeschäftsführer der SPD vorgeschlagen hast. Ich habe dann Hans-Jürgen Wischnewski[30] für dieses Amt vorgeschlagen, weil ich wusste, dann wären da zwei Alphatiere in der Partei und im Kanzleramt. Und ich weiß genau, wie sich Willy Brandt in der ganzen Zeit Deiner Kanzlerschaft zum Teil sehr stark zurückgenommen hat. Er war sich bis zum Schluss bewusst: Du hättest nicht acht Jahre lang

30 Hans-Jürgen Wischnewski (1922-2005), 1946 Eintritt in die SPD, 1957-1990 MdB (SPD), 1966-1968 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1968-1972 SPD-Bundesgeschäftsführer, 1970-1985 Mitglied des SPD-PV und des SPD-Präsidiums, 1974-1976 PStS im AA, 1976-1979 und 1982 PStS im Bundeskanzleramt, 1979-1982 stellv. SPD-Parteivorsitzender, 1984-1985 Schatzmeister der SPD.

Kanzler sein können, wenn er versucht hätte, gegen Dich zu intrigieren oder Dich zu beseitigen oder Dir auch nur Schwierigkeiten zu machen!

Alles in allem war das damals eine sehr komplizierte Sache im Prinzip zwischen drei bedeutenden Persönlichkeiten: Willy Brandt, Herbert Wehner und Dir – der sogenannten *Troika*.

Helmut Schmidt:
Richtig.

Egon Bahr:
Und ich muss sagen, bei all den Unterschieden in den Charakteren, den Aufgaben und Verantwortungen haben sich alle drei stets solidarisch verhalten. Ihr habt zusammengewirkt. Und wenn ich das mit der heutigen Situation vergleiche …

Helmut Schmidt:
Und das über 13 Jahre.

Egon Bahr:
Und das 13 Jahre lang. Das ist eine tolle Sache, die ich mit der heutigen Situation leider überhaupt nicht vergleichen kann. Wir haben damals Glück gehabt!

Helmut Schmidt:
Ich möchte zwei Fußnoten hinzufügen. Erste Fußnote: Ich bin dankbar dafür, dass Du Hans-Jürgen Wischnewski erwähnt hast in diesem Zusammenhang. Er hat für mich eine ganz besonders große Rolle gespielt. Zweite Fußnote: Meine Wertschätzung für Herbert Wehner ist wahrscheinlich etwas größer als die Deine. Ich habe mich in diesen 13 Jahren auf Wehner immer verlassen können. Ihr hattet da vielleicht andere Erfahrungen …

Egon Bahr:
Ich habe Dir vorhin gesagt, was das bei Willy ausgelöst hat, als Herbert Wehner zu ihm gesagt hat: Ollenhauer, dieser Kerl, muss weg!

Helmut Schmidt:
Das war aber nun schon sehr lange vor der Regierung Brandt.

Egon Bahr:
Ja, schon. Ich habe ein ähnliches Erlebnis gehabt an dem Tag im Mai 1974, als Willy Brandt vom Amt des Bundeskanzlers zurücktrat. Wehner und ich, wir waren beide bei Willy gewesen, und er sagte zu uns: Geht schon mal vor in die Fraktion. Wehner und ich sind dann vom Palais Schaumburg in den Bundestag gegangen, und da fasste er mich plötzlich an die Schulter und sagte: „Jetzt müssen wir ganz eng zusammenarbeiten." Das war abgründig! Dann folgte die berühmte Sitzung, in der Herbert Wehner, als Willy wenig später den Raum betrat, in den Saal schrie: „Wir alle lieben ihn!" Was ich damals so schrecklich fand war das Wort *lieben* in diesem Zusammenhang! Und das empfand ich so bei aller Bewunderung für Herbert Wehner, für den Mann mit dieser Vergangenheit und dieser Kraft, die ich zuweilen unserem Willy gewünscht hätte.

Es haben immer mal wieder Leute zu Willy Brandt gesagt: Du musst doch den einen oder anderen mal so richtig in den Hintern treten! Aber Willy war viel zu empfindsam, um so etwas zu machen. Er wollte *überzeugen*, nicht befehlen.

Herbert Wehner war ein Mann, der vom Verstand her natürlich die Fähigkeit zum Kanzler gehabt hätte. Er war jedoch klug genug zu wissen, dass er aufgrund seiner kommunistischen Vergangenheit dieses Amt nicht ausüben konnte. Aber er glaubte, andere manipulieren zu können.

Im Übrigen habe ich mich regelmäßig auf das Urteil Herbert Wehners verlassen. Auch bevor ich zum ersten Mal zu Erich Honecker[31] fuhr, habe ich Herbert nach seinem Urteil gefragt. Er sagte: Der hat kein Blut an den Händen. Und darauf habe ich mich verlassen, und dieses Urteil war wahrscheinlich sogar richtig.

Helmut Schmidt:
Ja, es war wahrscheinlich richtig.

In Bezug auf die Person Herbert Wehner sind wir abermals nicht ganz einer

31 Erich Honecker (1912-1994), 1929 Eintritt in die KPD, Widerstand gegen das NS-Regime, 1939 inhaftiert, ab 1946 Mitglied im Parteivorstand der SED, 1971 Wahl zum 1. Sekretär, später zum Generalsekretär der SED, 1976 Staatsratvorsitzender der DDR, 1989 nach der Friedlichen Revolution in der DDR Rücktritt von allen Ämtern und Ausschluss aus der SED, 1993 nach Einstellung aller Verfahren Emigration nach Chile.

Meinung. Ich bleibe dabei: Ich konnte mich immer auf ihn verlassen, und er hat nie den Versuch gemacht, mich, wie hast Du es ausdrückst, zu manipulieren.

Egon Bahr:
Wenn Du das nicht gemerkt hast, war es ja gut.

Helmut Schmidt:
Jetzt hast Du aber meine Intelligenz unterschätzt.

Karsten Brenner:
Lieber Helmut Schmidt, lieber Egon Bahr, liebe Gäste, in diesem Raum, der im Alltag für eine Ausstellung über Willy Brandt genutzt wird, wird an das internationale Wirken Brandts als Elder Statesman erinnert. Er wurde ja 1976 zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale gewählt und hat auf Bitte von Weltbankpräsident Robert McNamara die Leitung der Nord-Süd-Kommission übernommen. Diese Anerkennungen haben ihm sicher sehr dabei geholfen, den Rücktritt vom Amt des Regierungschefs relativ rasch zu überwinden. Sie, lieber Helmut Schmidt, waren sein Wunschnachfolger. Willy Brandt wusste, dass die Regierung der Bundesrepublik in den bevorstehenden schwierigen Zeiten in guten Händen liegen würde.

Als Elder Statesman haben auch Sie, Herr Schmidt, wie auch Egon Bahr, Ihr hohes Ansehen genutzt, um sich auf der internationalen Ebene den globalen Herausforderungen zuzuwenden. Gibt es mit der notwendigen Entwicklung weltweiter Regeln und Ordnungsstrukturen, heute Global Governance genannt, für die Zukunft wieder eine gemeinsame Agenda, die Sie mit Willy Brandt verbindet? Und wie kann Europa darauf Einfluss nehmen?

Helmut Schmidt:
Wir sprachen vorhin von dem völkerrechtlichen Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Darin stimmen wir beide überein, Egon Bahr und ich. Wenn Willy Brandt noch lebte, würde er darin auch übereinstimmen. Es gibt ein breites Feld, in dem wir politisch übereinstimmen würden. Es gibt aber auch einen Sektor, auf dem wir nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition nicht mehr so ganz übereingestimmt haben. Willy Brandt hat sich sehr engagiert für die sogenannten Entwicklungsländer,

ursprünglich genannt die Dritte Welt. Es gab West und Ost und eben eine Dritte Welt, das waren die vielen Staaten in Lateinamerika, in Afrika, und in Asien. Ich habe diesem Engagement zugestimmt. Unterschieden haben wir uns aber dann in einem ökonomischen Gesichtspunkt. Willy Brandt hat als Vorsitzender der sogenannten Nord-Süd-Kommission und auch in anderer Funktion die Vorstellung vertreten, dass der Weltwährungsfonds sogenannte Sonderziehungsrechte, also Mittel zur Kreditbeschaffung von Staaten, herausgeben sollte, um sie den Entwicklungsländern in die Hand zu geben. Und ich habe gesagt: Das ist dasselbe, als wenn wir hingehen und das Geld *drucken* und es in fremde Hände geben. Wenn wir den Entwicklungsländern wirklich helfen wollen, muss das Geld aus dem *Haushalt* kommen – und nicht aus Krediten bzw. aus zusätzlich gedrucktem Geld. Darin lag unsere Meinungsverschiedenheit. Aber das hängt damit zusammen, dass ich von Hause aus ein Ökonom bin – und Willy war kein Ökonom.

Egon Bahr:
Ich möchte auf die Frage von Herrn Brenner zwei Punkte sagen: Willy Brandt hat die Nord-Süd-Kommission übernommen auch unter dem Gesichtspunkt, dass er sich nach außen, also in den internationalen Raum, wenden wollte, um nicht in Gefahr zu kommen, Dir ins Handwerk zu pfuschen oder sich gar aus parteipolitischen Gründen zurückhalten zu müssen. In der Kommission konnte er auf den Weg bringen, was er eigentlich für richtig oder besser hielt. Willy Brandt hat in der Nord-Süd-Kommission gewirkt. Und Du hattest auf der Regierungsebene natürlich ganz andere Möglichkeiten, man denke an die G7. Eine Einrichtung wie die Nord-Süd-Kommission würde man heute als NGO bezeichnen, also als eine Nichtregierungsorganisation. Eines ihrer Hauptinteressen lag darin, die Entwicklungsländer zusammenzubringen und ihnen klarzumachen, was sie *selbst* leisten müssten. Diese Länder hatten bislang immer nur Forderungen gestellt.

Helmut Schmidt:
Darüber sind wir uns sicher einig.

Karsten Brenner:
Dass man die heutige Globalisierung politisch gestalten muss, könnte das ein Konsens sein zwischen Willy Brandt, Helmut Schmidt und Egon Bahr?

Egon Bahr:
Ja, natürlich.

Wir haben bisher versäumt, die Arbeit der Palme-Kommission[32] zu erwähnen. Sie hat schon vor über 20 Jahren das Prinzip etabliert, dass es im atomaren Zeitalter nur noch eine *gemeinsame Sicherheit* zwischen den Staaten geben kann. Vorher galt, ich bin sicher, wenn ich vor dem potenziellen Gegner sicher bin. Seit dem Bericht der Palme-Kommission gilt, dass ich nur noch sicher bin, wenn ich *gemeinsam* mit dem potenziellen Gegner sicher bin. Und dieses Prinzip der Kooperation statt der Konfrontation muss das internationale Leitprinzip dieses Jahrhunderts sein – sonst gnade uns Gott!

Helmut Schmidt:
Ich möchte noch zwei Gesichtspunkte hinzufügen, was die Politik gegenüber der großen Zahl von sogenannten Entwicklungsländern betrifft. Was mir immer gefehlt hat, nicht nur bei Willy Brandt, sondern überhaupt in der Entwicklungspolitik der ganzen westlichen Welt, ist an erster Stelle eine Begrenzung der Militärhaushalte dieser Länder. Ich habe einmal selbst nachgerechnet: Zu Beginn dieses Jahrhunderts gaben die Entwicklungsländer zusammen für Militär sechs mal so viel Geld aus wie sie an Entwicklungshilfe von fremden Staaten erhalten haben! Ich hätte mir gewünscht, dass endlich mal einer aufsteht und sagt: Wir geben euch Entwicklungshilfe, aber nur unter der Bedingung, dass ihr euren Militärhaushalt so oder so begrenzt. Und der zweite Gesichtspunkt: Wir geben euch nur Entwicklungshilfe, wenn ihr endlich dafür sorgt, dass die Frauen in eurem Land die gleichen Rechte wie die Männer erhalten und die jungen Mädchen die gleichen Chancen bei der Ausbildung und Erziehung. Nur so könnten auch endlich diese unglaublichen Geburtenüberschüsse in den Entwicklungsländern zumindest etwas gebremst werden. Solange die Frauen keine Rechte haben, wird das so weitergehen. Im Jahr 1900 lebten auf der Welt rd. 1,6 Milliarden Menschen. Im Jahr 2008 stehen wir beinahe bei sieben Milliarden. Und es geht so weiter. Eine Eindämmung der Bevölkerungsexplosion kann nicht durch die Polizei geschehen. Sie muss erreicht

32 Die Palme-Kommission war eine unabhängige internationale Kommission für Abrüstung und Sicherheit. Sie arbeitete von 1980 bis 1982 unter dem damaligen schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme.

werden durch Gleichberechtigung für die Frauen in Afrika, in Asien und in Lateinamerika.

Karsten Brenner:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, wir haben heute Abend einen Glücksfall erlebt, dass dieses „Gipfeltreffen" hier im Willy-Brandt-Haus Lübeck stattfinden konnte! Ich möchte Ihnen beiden, auch im Namen von Wolfgang Thierse, noch einmal sehr herzlich für Ihr Kommen danken!

Wir werden Willy Brandt eine Postkarte schreiben, auf der u. a. steht: Der Himmel über Lübeck war heute blau, die Stimmung war gut, und es gab Konflikte – aber der Konsens war am Ende noch größer!

Helmut Schmidt:
Und auf dem Holstentor steht der Spruch „Concordia domi foris pax" – *Eintracht nach innen, Frieden nach außen*. Und dabei wollen wir bleiben!

Egon Bahr:
Das ist eines meiner Lieblingszitate.

Karsten Brenner:
Ich wünsche uns allen noch einen schönen Abend!

SCHRIFTENREIHE DER BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Heft 1 **Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis**
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8

Heft 2 **Politik für Berlin – Willy Brandt 1957-1966**
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6

Heft 3 **Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4

Heft 4 **Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2

Heft 5 **Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0

Heft 6 **Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen**
Berlin 2000, ISBN 3-933090-05-9

Heft 7 **Perspektiven aus den Exiljahren**
Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7

Heft 8 **Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5

Heft 9 **Horst Ehmke: Reformpolitik und »Zivilgesellschaft«**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3

Heft 10 **Remembering Willy Brandt – Egon Bahr, Henry Kissinger und die deutsch-amerikanischen Beziehungen**
Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1

Heft 11 **Peter Glotz: Willy Brandts Charisma**
Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5

Heft 12 **Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt – Anmerkungen zu einem Freund**
Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3

Heft 13 **Hans Arnold: Willy Brandt und Europa**
Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1

Heft 14 **Willy-Brandt-Gespräch 2006: »Mehr Demokratie wagen« (1969) – »Mehr Freiheit wagen« (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft im Umbruch?**
Berlin 2007, ISBN 3-933090-13-X

Heft 15 **Klaus Schütz: Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt**
Berlin 2008, ISBN 3-933090-14-8

Heft 16 **Egon Bahr: Willy Brandt und die Nation**
Berlin 2008, ISBN 3-933090-15-6

Heft 17 **Die Erinnerung an Willy Brandt und ein Rückblick auf die gemeinsame Zeit. Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Egon Bahr**
Berlin 2009, ISBN 3-933090-16-4

Heft 18 **Robert B. Zoellick: Deutschland und der „ferne Horizont“ (Willy Brandt Lecture 2008)**
Berlin 2009, ISBN 3-933090-17-2

WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE

Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler

Mit der »Berliner Ausgabe« ausgewählter Reden, Artikel und Briefe von Willy Brandt wird erstmals das politische Wirken des bedeutendsten deutschen Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts umfassend dokumentiert. In zehn Bänden werden die Etappen der langen politischen Laufbahn Brandts nachgezeichnet: vom jungen Linkssozialisten, der in die Emigration gezwungen wurde, zum Hoffnungsträger vieler Berliner Sozialdemokraten; vom Regierenden Bürgermeister der geteilten Stadt zum Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden der SPD; vom Außenminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Regierungschef in der Bundesrepublik; vom Bundeskanzler zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission.

Die Reihe soll eine breite historisch-politisch interessierte Öffentlichkeit ansprechen. Jedem der zehn Bände ist eine umfangreiche Einleitung vorangestellt, in der die edierten Texte in den historischen Zusammenhang eingeordnet werden. Die Bände in Hardcover mit Schutzumschlag umfassen je etwa 500 Seiten und enthalten zahlreiche Abbildungen.

Band 1 **Hitler ist nicht Deutschland**
Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928-1940
Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0301-8

Band 2 **Zwei Vaterländer**
Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940-1947
Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0302-6

Band 3 **Berlin bleibt frei**
Politik in und für Berlin 1947-1966
Bearb. von Siegfried Heimann, Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

Band 4 **Auf dem Weg nach vorn**
Willy Brandt und die SPD 1947-1972
Bearb. von Daniela Münkel, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

Band 5 **Die Partei der Freiheit**
Willy Brandt und die SPD 1972-1992
Bearb. von Karsten Rudolph, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

Band 6 **Ein Volk der guten Nachbarn**
Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974
Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

Band 7 **Mehr Demokratie wagen**
Innen- und Gesellschaftspolitik 1966-1974
Bearb. von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

Band 8 **Über Europa hinaus**
Dritte Welt und Sozialistische Internationale
Bearb. von Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2006, ISBN 3-8012-0308-5

Band 9 **Die Entspannung unzerstörbar machen**
Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974-1982
Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

Band 10 **Gemeinsame Sicherheit**
Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982-1992
Bearb. von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, ISBN 3-8012-0310-7 (erscheint 2009)

WILLY-BRANDT-STUDIEN

Band 1
Daniel F. Sturm: **Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90**
Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

Band 2
Robin M. Allers: **Besondere Beziehungen. Deutschland, Norwegen und Europa in der Ära Brandt (1966-1974)**
Bonn 2009, ISBN 978-3-8012-0382-5

WILLY-BRANDT-DOKUMENTE

Band 1
Willy Brandt: **Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946**
Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2007, ISBN 978-3-8012-0380-1

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Willy Brandt 1913-1992
Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz
Berlin 1996, ISBN 3-931321-21-5

Struggle for Freedom. Willy Brandt 1913-1992
Permanent Exhibition of the Federal Chancellor Willy Brandt Foundation and of the Willy Brandt Archive in the Archives of Social Democracy of the Friedrich Ebert Foundation at the Schöneberg City Hall in Berlin. Exhibition Catalogue by Gertrud Lenz
Berlin 2001, ISBN 3-933090-99-7

Gerechte Entwicklung wagen: Ein unerfülltes Versprechen!
Anforderungen an einen »Brandt-Report« für das 21. Jahrhundert (gemeinsam mit der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn)
Bonn 2000, ISBN 3-927626-40-6

Johannes Rau: **Gedenkrede zum 10. Todestag Willy Brandts am 8. Oktober 2002**
hrsg. in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung
Berlin/Bonn 2002, ISBN 3-89892-129-8

Sabine Carbon/Barbara Lücker: **Willy. Die spannende Geschichte eines deutschen Bundeskanzlers**
Berlin 2007, ISBN 978-9810097-8-1

Willy-Brandt-Haus Lübeck
Neue Architekturführer Nr. 118, Stadtwandel Verlag, Berlin 2007, ISBN 978-3-86711-038-9 (auch in Englisch erhältlich)

Willy Brandt – ein politisches Leben im 20. Jahrhundert
Katalog zur ständigen Ausstellung im Willy-Brandt-Haus Lübeck von Katharina Bieler, Lübeck 2009

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter *www.willy-brandt.de* verwiesen.

DIE BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (BWBS) ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihr Sitz ist das Rathaus Schöneberg zu Berlin. Die Stiftung hat den Zweck, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des deutschen Volkes und die Sicherung der Demokratie für Europa und die Dritte Welt, die Vereinigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und so im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis des 20. Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

Die Dauerausstellung „Um die Freiheit kämpfen – Willy Brandt. 1913-1992“ im Rathaus Schöneberg ist Dienstag bis Freitag von 10 bis 17 Uhr und Samstag und Sonntag von 10 bis 16 Uhr geöffnet. Donnerstags, samstags und sonntags finden jeweils um 14 Uhr und um 16 Uhr kostenlose Führungen statt. Zusätzliche Führungen sind auf Anfrage möglich. Der Eintritt ist frei.

Eine Stiftung – zwei Standorte

Am 18. Dezember 2007 wurde am Geburtsort des früheren Bundeskanzlers das „Willy-Brandt-Haus Lübeck“ als Außenstelle der BWBS mit einer modernen, multimedialen Dauerausstellung eröffnet.

Näheres unter *www.willy-brandt-luebeck.de*.

BILDNACHWEIS
BWBS: Coverfoto
Fotoarchiv Jupp Darchinger im AdsD der FES: S. 10

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die Erinnerung an Willy Brandt und ein Rückblick auf die gemeinsame Zeit. Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Egon Bahr am 25. September 2008 im Willy-Brandt-Haus Lübeck
[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].
1. Aufl. – Berlin: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2009
(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; H. 17)
ISBN 3-933090-16-4